

SOZIALE VERTEIDIGUNG





Gruppe Münster

Natürlich erheben wir mit dieser Broschüre keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da es unmöglich ist, auf so wenigen Seiten alle Einzelheiten der Sozialen Verteidigung darzustellen. Sie soll einen allgemeinverständlichen Überblick geben und damit eine breitere Diskussion anregen. Wir haben uns weitgehend auf die Arbeiten von Theodor Ebert gestützt und verweisen zur weiteren Information auf die Literaturliste. An einigen Stellen weichen wir aber auch von der Literatur ab und bringen eigene Ideen ein. Es war uns wichtig, diese Broschüre durch viele historische Beispiele und Texte zur Gewaltfreiheit zu ergänzen.

Wir freuen uns über kritische Reaktionen!

i m p r e s s u m

Herausgeber:

Internationaler Versöhnungsbund
Gruppe Münster

Redaktion:

Uli Stadtmann
Berthold Keunecke

(ViSdP): Martin Firgau, Marientalstr.75, 44 MS

Titelbild:

Susanne Engelkamp

Nachbestellung:

Einfach 3,- DM pro Exemplar auf das Konto vom Versöhnungsbund Münster Nr. 22 69 02 - 468 beim Postgiroamt Dortmund (BLZ 440 100 46) überweisen. Mengenrabatt auf Anfrage.

i n h a l t

A DAS KONZEPT DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG Seite 1

Was soll verteidigt werden?

Wer verteidigt?

Mögliche Konflikte

Kriegsziele

Was muß ein Verteidigungskonzept leisten?

- Verhinderung eines Angriffs

- Verteidigung im Falle eines Angriffs

B METHODEN DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG Seite 7

I. Verzögerung des gegnerischen Vormarsches

II. Zusammenhalt fördernde Mittel

III. Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration

IV. Offensivmaßnahmen

C UMSTELLUNG AUF SOZIALE VERTEIDIGUNG Seite 12

I. Utopie

1. Basisdemokratie

2. Dezentrale Wirtschaft

3. Änderung des Wertesystems

II. Der Weg

1. MATERIALKISTE Historische Beispiele Seite 17

2. MATERIALKISTE Texte zur Gewaltfreiheit Seite 39

Literaturangaben Seite 48

F E H L A L A R M E

Am 3. Juni 1980 spielten Microschaltkreise verrückt und meldeten im Hauptquartier des strategischen Bomberkommandos der USA den Anflug einer großen Anzahl sowjetischer Raketen mit Atom-Sprengköpfen. Die Folge war Flugzeug- und Raketenalarm bis der Irrtum aufgeklärt wurde.

In den letzten 2 Jahren hat es etwa 1 5 0 solcher Fehlalarme und über 3500 Zwischenfälle geringerer Alarmstufe in den USA gegeben.

C.F. VON WEIZSÄCKER:

Der dritte Weltkrieg ist wahrscheinlich.

BUNDESMINISTERIUM DER VERTEIDIGUNG:

Selbst wenn militärische Stärke nicht mit Angriffsabsichten aufgebaut wird, so können andere sich doch schon von der bloßen Existenz militärischer Überlegenheit bedroht fühlen. Friedliche Absichtserklärungen sind noch keine Garantie für stets friedliches Verhalten.

JESUS VON NAZARETH:

Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen.

GEORGE F. KENNAN:

Das derzeitige amerikanische und sowjetische Arsenal, welches die Zerstörungsgewalt der Hiroshima-Bombe millionenfach übertrifft, erfüllt nicht seinen Zweck - ein zwanzigstel reichte sicherlich zur Sicherung der kühnsten Abschreckungstheorien aus.

FRANZ ALT:

Für jeden Menschen liegen mehrere Tonnen Sprengstoff bereit.
Es gibt pro Kopf mehr Sprengstoff als Nahrungsmittel.

Wenn man alle Menschen mit Nahrung, Wasser, Wohnraum versorgen - und ihnen Gesundheitsfürsorge und Erziehung zukommen lassen will, benötigt man schätzungsweise 17 Milliarden Dollar im Jahr. Das ist eine riesige Summe. Genausoviel, wie innerhalb von vierzehn Tagen auf der Erde für Waffen ausgegeben wird.

U N F Ä L L E

Beim Absturz eines amerikanischen B-52-Bombers über Spanien am 17. Januar 1966 fielen 4 Wasserstoffbomben mit Sprengköpfen von 20 Mt aus der abstürzenden Maschine. Zwei Bomben (die nicht voll explodierten) verseuchten das Land mit Plutonium. 1750 t verseuchten Erdreichs mußten abgetragen werden ...

Von 650 vor Christus bis heute zählten die Historiker 1656 Versuche, durch Wettrüsten den Frieden zu bewahren. Dieses führte 1640 mal zum Krieg. In den anderen Fällen zum wirtschaftlichen Ruin der Beteiligten.

DIE DEUTSCHEN BISCHÖFE 18.4.83:

Staaten und Machtblöcke müssen endgültig lernen, ihre Beziehungen ohne Androhung und Anwendung von Gewalt zu gestalten.

GRAF BAUDISSLIN, GENERAL A.D.:

Es gibt auch im Westen leider Tendenzen, die sich gedanklich und organisatorisch auf einen zukünftigen Krieg vorbereiten. Deshalb wird auch bei uns der eigene Rüstungsbedarf erheblich höher angesetzt, als für eine Kriegsverhütungsstrategie notwendig wäre.

WAHLPROGRAMM REAGANS VOM 15. Juli 1980:

Wir werden auf anhaltende Militärausgaben hinarbeiten, die ausreichend sind, ... , um schließlich die Position militärischer Überlegenheit zu erreichen..., die totale militärische und technologische Überlegenheit über die Sowjetunion.

5. VOLLVERSAMMLUNG DES ÖKUMENISCHEN RATES DER KIRCHEN IN NAIROBI 1975:

Zwischen den beiden Supermächten ist es zwar nicht zu einer direkten militärischen Konfrontation gekommen, doch hat man seit dem zweiten Weltkrieg in etwa hundert Kriegen gekämpft, die über zehn Millionen Menschen in sechzig Ländern das Leben gekostet haben.

Die Christen müssen der Versuchung widerstehen, sich mit einem falschen Gefühl von Machtlosigkeit oder Sicherheit abzufinden. Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben, und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen.

HELMUT GOLLWITZER:

Entweder wir schaffen die Rüstung ab,
oder die Rüstung schafft uns ab.

STELL DIR VOR, ES GEHT -
UND KEINER KRIEGT'S HIN!

A DAS KONZEPT DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG

Was soll verteidigt werden?

Das bisherige Konzept der Vorneverteidigung ist eine Territorialverteidigung, das heißt es werden praktisch "Quadratmeter" verteidigt. Früher konnte ein Staatssystem geschützt werden, indem das Staatsgebiet an den Grenzen verteidigt wurde. Durch die fortschreitende Waffenentwicklung haben die Staaten jedoch ihre "Hart-schalligkeit" verloren. In einem modernen, mit Fernlenk Waffen ge-führten Krieg kann es keine Verteidigung von Grenzen mehr geben. Ein Angriff von innen (z.B. Putschversuch) läßt sich mit der Vorneverteidigung schon gar nicht abwehren.

Bei der Sozialen Verteidigung (SV) soll hingegen nicht das Territorium verteidigt werden, sondern die sozialen Institutionen und das gesellschaftliche System, also das, was man als Lebensweise bezeichnen könnte. Besonders wichtig ist dabei die Erhaltung der allgemeinen Menschenrechte, angefangen bei der körperlichen Unver-schrtheit bis hin zu Demonstrationsrecht, Versammlungs- und Presse-freiheit.

Die SV geht davon aus, daß die militärische Beherrschung eines Gebietes nicht mit der Kontrolle der gesellschaftlichen Institu-tionen identisch ist. Um diese Kontrolle zu erreichen, wäre der Angreifer auf die aktive Zusammenarbeit eines großen Teils der Bevölkerung angewiesen. Die SV geht über reine Nichtzusammenarbeit (passiver Widerstand) hinaus, indem sie dem Angreifer mit "dyna-mischer Weiterarbeit ohne Kollaboration" entgegentritt. Was dies im Einzelnen bedeutet wird in Teil B (Methoden) erläutert.

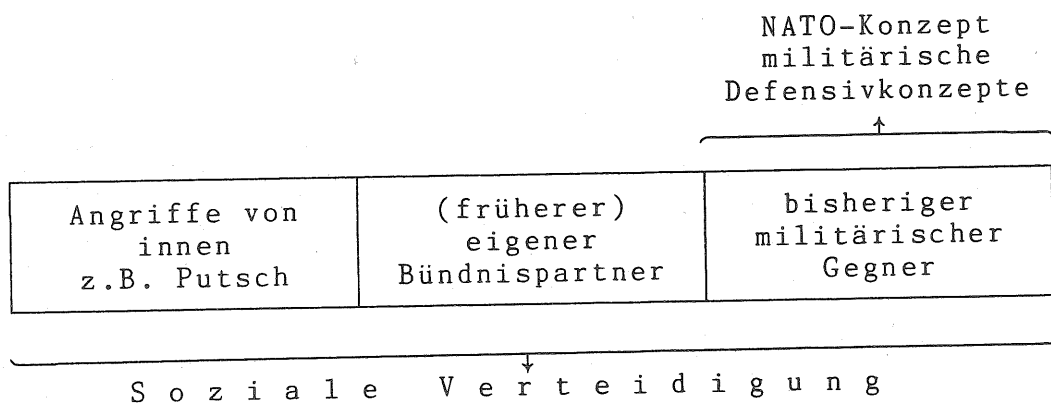
Wer verteidigt?

Bei der militärischen Verteidigung ist die ganze Verantwortung in die Hände von einigen Soldaten und Politikern gelegt. Sie entschei-den im Ernstfalle darüber, welche Waffen wann und wo eingesetzt werden. Dem Bürger wird in diesen Fragen kein Mitspracherecht zu-gestanden, er ist verteidigungspolitisch entmündigt. Im hierar-chischen Aufbau des Militärs durch Befehl und Gehorsam stehen die "demokratischen" Staaten den totalitären in nichts nach. Durch die Notstandsgesetze wird dieser Aufbau auch in den politischen Bereich hineingetragen.

Bei der SV wird hingegen die Verteidigung von der Bevölkerung getragen und entspricht damit basisdemokratischen Grundsätzen. Der Aufbau von SV und radikale Demokratisierung gehen Hand in Hand.

Mögliche Konflikte

Die SV kann man als Rundumverteidigung bezeichnen, da sie, anders als die militärischen Konzepte, nicht gegen einen bestimmten Gegner gerichtet ist. In einer veränderten politischen Situation könnten auch für uns Angriffe von innen oder ein Eingreifen anderer NATO-Staaten (Besatzungsmächte!) durchaus aktuell werden (siehe die EG- bzw. NATO-Staaten Spanien, Griechenland, Türkei, USA in Grenada,...). Im folgenden möchten wir uns aber auf Angriffe von außen beschränken, um die SV mit dem bisherigen Konzept vergleichen zu können.



Kriegsziele

Während es bei der Territorialverteidigung nicht unbedingt notwendig ist, sich mit den möglichen Kriegszielen eines Angreifers auseinanderzusetzen (er will halt das Territorium militärisch verletzen), ist dies für die SV von großer Bedeutung.

Die heute wohl größten Kriegsgefahren im Ost-West-Konflikt sind

- a) entwaffnender oder verzweifelter Präventivschlag
- b) technischer Fehler eines Computers

Mit der Umstellung auf SV würden diese Kriegsgründe abgebaut und auf lange Sicht beseitigt.

Gegen ein sozial verteidigtes Land wären dann noch

Vorstellbare Kriegsziele:

1. Der Angreifer will das Opfer beherrschen, ausbeuten o.dgl.
Hauptsächlich wäre dies eine Mischung folgender Ziele:
 - 1a. politische Gleichschaltung:
durch Anpassung der politischen Institutionen und Ideologien an die eigenen, Einschränkung der Grundrechte
 - 1b. wirtschaftliche Nutzung:
durch Ausbeutung von Rohstoffen, Nutzung der Industrie und Landwirtschaft, Nutzung der Arbeitskraft
 - 1c. militärische Nutzung:
als Durchgangsweg oder Stützpunkt, Rekrutierung von Soldaten, Herstellung von Rüstungsgütern
2. Der Angreifer will das Opfer vernichten

In dem bestehenden Ost-West-Konflikt sind nur die "rationalen" Kriegsziele unter 1. von Bedeutung. Gegen einen rassistisch oder religiös begründeten Vernichtungsangriff gibt es für das betreffende Land keine umfassende Verteidigungsstrategie. Es kann sich zum Beispiel kein Staat dagegen schützen, daß ein Angreifer das gesamte Trinkwassernetz mit einigen Gramm Plutonium vergiftet. Hier wäre höchstens zu fragen, durch welches Verhalten solche irrationalen Angriffsabsichten entstehen und welche Technologien solche Angriffe ermöglichen.

Wenn in einem Land behauptet wird, ein anderes wolle es vernichten, steckt dahinter wahrscheinlich ein übertriebenes Feindbild und politische Absicht. Der unsinnige Versuch, sich auch gegen solche Angriffe zu schützen, würde zu einem Überwachungsstaat führen. Die Freiheit, die verteidigt werden sollte, hätte man sich selbst zerstört.

Was muß ein Verteidigungskonzept leisten?

Ein Verteidigungskonzept hat zwei Aufgaben zu erfüllen:

I. Die Verhinderung eines Angriffs

Dem Gegner wird signalisiert, daß im Falle eines Angriffs seine Kosten größer wären als sein Nutzen. Langfristig müßte eine Konfliktbearbeitung stattfinden, die nach Lösungen für ein friedliches Zusammenleben sucht. Dabei wären auch die Probleme der Ökologie (Ressourcen!) und das Verhältnis zur "dritten Welt" zu berücksichtigen.

II. Die Verteidigung im Falle eines Angriffs

Es könnte sein, daß es trotzdem zu einem Angriff kommt, weil der Gegner seine Kosten und Nutzen anders kalkuliert hat. In diesem Falle muß der Verteidiger in der Lage sein zu kämpfen. Insbesondere müßte eine Niederlage erträglich, der Schaden begrenzt sein.

Im folgenden soll untersucht werden, inwieweit diese Aufgaben von der bisherigen Verteidigung und der SV erfüllt werden können.

Zu I. Die Verhinderung eines Angriffs

Beim Abschreckungssystem wird dem FEIND angedroht, ihm im Falle eines Angriffs einen Schaden zuzufügen, der größer als sein Nutzen wäre (EINTRITTSPREIS). Eine Konfliktbearbeitung findet nicht statt und wird durch die aggressive Drohung sogar verhindert. Wegen der Anwesenheit von solch absoluten Massenvernichtungsmitteln wird zur Rechtfertigung das Bild von einem totalen und entmenslichten Feind gebraucht. Aufgrund dieses totalen Feindbildes sind wiederum diese totalen Waffen "nötig". So wird der eigentliche Konflikt von Waffen verdeckt und nicht mehr erkannt. Andere Konflikte, wie der bestehende Nord-Süd-Konflikt, werden durch das bisherige System sogar noch verschärft.

Auch die Soziale Verteidigung will einen Angriff verhindern. Sie hat eine abhaltende Wirkung: Der GEGNER wird gewarnt, daß im Falle einer Besetzung seine Kosten größer wären als sein Nutzen (AUFENTHALTSPREIS). Es ist eine wichtige moralische Komponente der SV, daß der Schaden des Angreifers nicht aus getöteten Menschen besteht und daß er sich diesen Schaden selbst zufügen würde. Die Kosten würden dem Angreifer entstehen als:

1. Personalkosten

Der Angreifer müßte im großen Umfange militärisches und ziviles Besatzungspersonal aufbringen, das dem eigenen Produktionsprozess entzogen wäre.

2. Direkte wirtschaftliche Kosten

durch Einbußen im Handel mit dem angegriffenen Land

3. Politische Kosten

durch Legitimationsverlust

International würde er sich die Gegnerschaft Dritter zuziehen und müßte mit Handels- und Kulturboykotten rechnen. Im eigenen Block könnte er seinen Angriff nicht als Verteidigung oder Präventivmaßnahme darstellen. Er würde auf Kritik und Widerstand stoßen, da sein Handeln im klar erkennbaren Widerspruch zu seinem erklärten Selbstverständnis stünde. Dies könnte bis zum Volksaufstand im eigenen Land führen.

Die Konfliktbearbeitung würde schon mit der Umstellung auf SV beginnen. Alte Feindbilder würden von einer realistischen Einschätzung des Gegners abgelöst. Auch das Feindbild des aggressiven Imperialismus, das die Herrschenden im Ostblock von uns zeichnen, würde stark gestört. Der eindeutig militärisch defensive Charakter der SV könnte so eine Signalwirkung auf andere Länder ausüben. Durch das Freiwerden von Geldern und Arbeitskräften aus Verteidigungshaushalt und Rüstungsindustrie könnten die wichtigen Probleme der weltweiten Entwicklung, Ökologie und Energieversorgung angegangen werden, die bisher immer hinter der Rüstung zurückstehen mußten.

Zu II. Die Verteidigung im Falle eines Angriffs

Ein Versagen der Abschreckung käme angesichts der modernen Massenvernichtungsmittel einer Katastrophe gleich. Die NATO-Strategie der "flexible response" kalkuliert eine Eskalation ein, die über den Ersteinsatz (!) von Atomwaffen bis hin zum strategischen Atomkrieg führen kann. Das Land, das eigentlich verteidigt werden sollte, wäre schon unterhalb dieser letzten Eskalationsstufe vollkommen vernichtet. Innerhalb der Abschreckungslogik darf der Verteidigungsfall also gar nicht erst eintreten (moderner Götzen Glaube). Eine Abschreckung kann nur glaubwürdig sein, wenn die Bereitschaft (der Regierung oder der Bevölkerung?!) besteht, im Ernstfalle jeden Schritt der Eskalation durchzuführen, also auch Atomwaffen einzusetzen und Menschen wie Ungeziefer zu vernichten.

Nun zur Sozialen Verteidigung im Falle eines Angriffs. Wenn Grenzschutz und Polizei des sozial verteidigten Landes ihren Anordnungen entsprechend keinen bewaffneten Widerstand leisten, ist es möglich, daß das Land militärisch besetzt wird, ohne daß ein einziger Schuß fällt. Erst jetzt wird die SV richtig wirksam, denn durch die Besetzung hat sich der Angreifer in eine Lage manövriert, in der er verwundbar ist (Aufenthaltspreis).

Das Minimalziel der SV bestände darin, möglichst viele Menschenleben zu erhalten und die Grundrechte weitgehend zu wahren. Als Maximalziel wäre anzusehen, daß der Besatzungsmacht die Kosten des Unternehmens zu hoch werden und sie sich wieder zurückzieht.

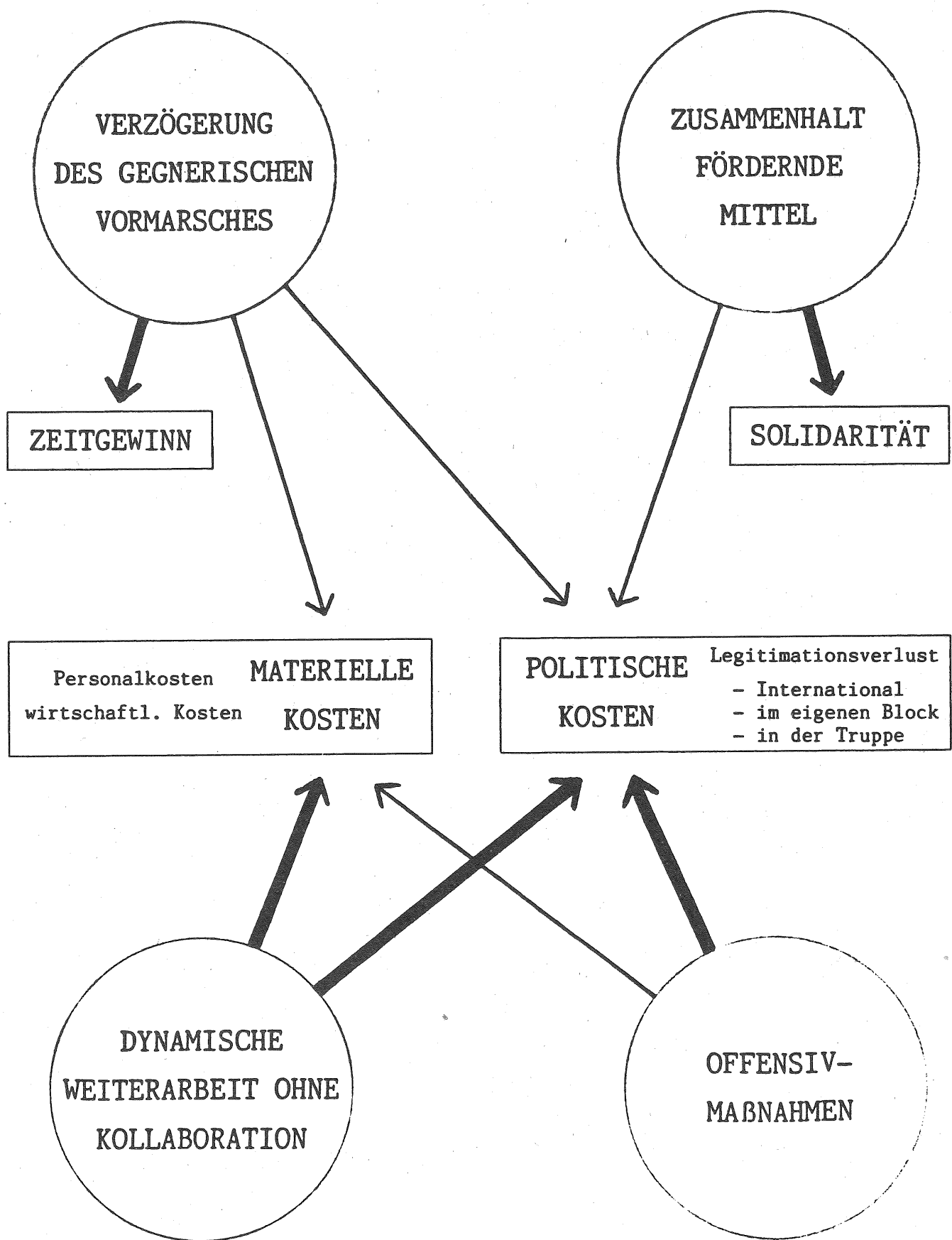
Eskalation: schnelle stufenweise Steigerung der eingesetzten Mittel
Strategischer Atomkrieg: atomarer Schlagabtausch zwischen den Großmächten
Moderner Götzen Glaube: vgl.: 2. Materialkiste Seite 46

Ein dauerhafter Friede käme zustande, wenn dieser Rückzug nicht nur aus Kostengründen geschähe, sondern auf einen politischen Richtungswechsel im Land des Angreifers zurückzuführen wäre. Die Strategie der SV rechnet damit, daß unter dem Eindruck des gewaltfreien Widerstandes in dem besetzten Gebiet die interne Opposition im angreifenden Land so anwächst, daß es zu einer Isolation der Regierung, eventuell sogar zu offenen gewaltfreien Widerstandsaktionen und zu einem Machtwechsel kommt. In diesem indirekten Sinne kann die SV auch gegenoffensiv wirken.

Wie bei der militärischen Verteidigung gibt es bei der SV die Möglichkeit der Niederlage. Eine der größten Gefahren ist opportunistische Kollaboration. Nicht minder schädlich können sich jedoch Sabotage und patriotische Vergeltungsaktionen auswirken, weil sie der Besatzungsmacht die moralische "Rechtfertigung" für die verschärfte Unterdrückung auch des gewaltlosen Widerstandes geben.

Im Gegensatz zum Abschreckungssystem wäre jedoch bei der SV eine Niederlage nicht katastrophal, sie kann zudem revidiert werden. Eine "Niederlage" der SV wäre sicher immer noch einem "Sieg" in einer größeren konventionellen oder nuklearen Auseinandersetzung vorzuziehen.

METHODEN DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG



B METHODEN DER SOZIALEN VERTEIDIGUNG

Es muß vorweg gesagt werden, daß die hier aufgezählten Methoden, keine Patentrezepte sind. Es handelt sich hier um Forschungsüberlegungen und historische Beispiele, die einen Einblick geben sollen, was alles möglich ist. Das Entscheidende an der SV ist also nicht, das Beherrschen schon mal praktizierter Methoden, sondern die Grundhaltung und die Phantasie der Menschen, die die SV tragen.

I. Verzögerung des gegnerischen Vormarsches

Bei einem militärischen Einmarsch beginnt die SV mit der Verzögerung des gegnerischen Vormarschs, um Zeit zu gewinnen für wichtige Institutionen und Entscheidungsträger und allgemein die letzten Vorbereitungen für den Widerstand zu treffen.

Eine situationsgerechte Maßnahme zum Aufhalten vorrückender Truppen ist die Massensitzblockade, die den Soldaten das Mißverhältnis zwischen ihrem Vorgehen und der Haltung der Widerstand leistenden Bevölkerung drastisch vor Augen führt.

Weitere Methoden zur Verzögerung des gegnerischen Vormarschs wären Blockaden mittels Autos auf wichtigen Straßen, Kreuzungen oder Flugplätzen. Dies wäre vor allem dann dienlich, wenn Menschenblockaden zu gefährlich erscheinen oder auf dem Lande einfach die Menschen dazu fehlen. In der CSSR erschwerte 1968 z.B. auch das Abmontieren, Vertauschen oder Verdrehen von Verkehrsschildern den Vormarsch der Warschauer-Pakt-Truppen.

II. Zusammenhalt fördernde Mittel

Sehr wichtig bei der SV ist es auch, die Solidarität untereinander zu fördern und den Willen zum Weiterkämpfen zu stärken.

Hierzu dienen Handlungen wie Demonstrationen, Protestmärsche, Proteststreiks usw., aber auch ungefährlichere Mittel, die jeder anwenden kann und die trotzdem sehr wirksam sind: Die Norweger hefteten sich im 2. Weltkrieg Büroklammern als Widerstandssymbol an die Brust, um sich in ihrer Ablehnung der deutschen Besatzung zu bestärken. Die Polen nahmen elektrische Widerstände (z.B. aus Transistorradios), um ihre Unzufriedenheit über die Auflösung der

Solidarnosc und das Kriegsrecht auszudrücken und gingen demonstrativ während der Tagesschau spazieren. In der Bundesrepublik hatten z.B. die lila Tücher des Kirchentages eine ähnliche Bedeutung.

III. Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration ...

... bedeutet, daß man an seinem normalen Arbeitsplatz bleibt und dort im Rahmen der geltenden (alten) Gesetze und Vorschriften die neu entstandenen Probleme zu lösen sucht. Eine Entlassung oder Aussperrung durch die Besatzer ignoriert man und kehrt so lange an seinen Arbeitsplatz zurück, bis die Besatzer einen dauerhaft mit physischer Gewalt hindern.

Ein Wegbleiben vom Arbeitsplatz wird möglichst vermieden, weil dies die Auseinandersetzung mit dem Gegner ausschließt.

Was könnte jedoch für einen Besatzer gefährlicher sein, als wenn er an den einzelnen Arbeitsplätzen den Versuch machen muß, Gehorsam mit offener Gewalt zu erzwingen? Muß er doch seine Truppen und sein ziviles Personal für solche Konfrontationen in kleine Gruppen aufteilen und sie in den Dschungel des Widerstands schicken. Muß der Besatzer nicht damit rechnen, daß seine Anhänger und gezwungenen Mitläufer in den persönlichen Gesprächen, in die sie nun geraten, von den Argumenten und der Haltung der Verteidiger beeindruckt sein werden?

Auf dieser ideologischen Gefährdung und den materiellen Kosten, die einer Besatzungsmacht entstehen, wenn sie qualifizierte Zivilisten aus der eigenen Verwaltung und Wirtschaft abziehen muß, um aus ihrem Posten gedrängte Widerstandskämpfer zu ersetzen, beruht die Wirkung der „dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration“.

Die abhaltende Wirkung der SV kommt dadurch zustande, daß sich der Gegner im Voraus überlegen muß, ob er über genügend fachlich qualifiziertes und ideologisch gefestigtes Personal verfügt, um sich vor Ort gegen die Verteidiger auch durchsetzen zu können. *

Kollaboration: Zusammenarbeit mit dem Angreifer

* Deutsche Militäradministratoren haben im Zweiten Weltkrieg eindringlich auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die bei der Verwaltung der 2 000 000 Quadratkilometer eroberter Ostgebiete entstünden: „Wenn man dort einen riesigen Verwaltungsapparat von 20 000 Personen einsetzte – und ich wüßte nicht, woher man auch nur einen Bruchteil der Dolmetscher und Spezialisten nehmen sollte –, dann würden für jeweils 100 Quadratkilometer gerade ein Mann und ein Sekretär zur Verfügung stehen“.

Gegenüber dem Generalstreik hat diese Methode den Vorteil, daß es nicht zwangsläufig zum Zusammenbruch des eigenen Versorgungssystems kommt. Nur in den Bereichen, die hauptsächlich dem Besatzer dienen, ist ein Streik sinnvoll. Während der Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR 1968 streikten deshalb die Arbeiter in den Uranminen, da der Uranabbau nur der UDSSR Nutzen brachte.

In solchen Fällen wäre auch zu überlegen, inwieweit Sabotage an eigenen Einrichtungen sinnvoll ist. Ohne Menschen zu gefährden, müßte das kleinste Teil entfernt werden, um den größten Schaden anzurichten und eine Weiterarbeit unmöglich zu machen. Auch bei der Verzögerung des gegnerischen Vormarschs wäre dergleichen zu überlegen (z.B. die Lahmlegung von Flughäfen).

Gewalt des Gegners

Eine offene Frage wäre allerdings immer wieder, wie auf Gewaltandrohung und -anwendung zu reagieren ist. Da für die SV die Erhaltung von Menschenleben eine vorrangige Bedeutung hat, ist in solchen Fällen ein flexibles Reagieren zu erwägen. Sollte in einer Extremsituation abzusehen sein, daß Gewalt nur noch durch Gehorsam abzuwenden ist, dann könnte man sich z.B. der Schwejk-Methode bedienen, d.h. scheinbarer Wille zur Zusammenarbeit, aber gleichzeitige Unfähigkeit, Befehle konkret zu verstehen (Dummstellen, Langsamarbeit, ...). Nach einem Entspannen der Situation, kann die Diskussion und die dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration wieder aufgenommen werden.

Was viele an der Wirksamkeit der SV zweifeln läßt, ist die Möglichkeit des Gegners Terrorbefehle durchzuführen. Es wird aber leicht übersehen, daß er sich dabei selbst in die Gefahr begibt, Befehlsverweigerungen oder gar eine Meuterei seiner eigenen Truppen zu provozieren. Schließlich ist es zweifelhaft, ob sich Menschen massenhaft dazu zwingen lassen, eindeutig gewaltfrei handelnde Menschen zu töten, also eine Handlung durchzuführen, die sie aus ihrem alltäglichen Leben eindeutig als Mord zu bezeichnen wissen. Solch ein Morden ist zwar nicht auszuschließen, wie dies auch genügend Beispiele von gewaltfreien Aktionen zeigen. Die Erfahrungen* zeigen aber auch, daß die Hemmschwelle hierbei erheblich

* vgl.: 1. Materialkiste 1953 Workuta

höher liegt als in kriegerischen Auseinandersetzungen. Außerdem muß der Gegner die Folgewirkungen solcher „erfolgreich“ durchgeführten eindeutigen Unrechtshandlungen bedenken:

1. Die Wirkung auf den Widerstand, der sich durch das mögliche Schaffen von Märtyrern verstärken könnte.
2. Die Wirkung auf die internationale Staatengemeinschaft.
Bei seiner sowieso schon geschwächten Wirtschaft, könnte er sich wohl keine scharfen Reaktionen des Auslands leisten.
3. Die Wirkung auf seine innenpolitische Situation, in der die Opposition gestärkt werden würde und eine Sympathie- und Solidaritätswelle einsetzen könnte.

Mit dem Wissen um diese Wirkungen wird bei der SV deshalb auch ganz gezielt freiwillig Leid auf sich genommen. In der Verantwortung des Einzelnen liegt es nun, abzuwägen zwischen der Gefahr, die er dabei läuft und der Wirkung, die er damit zu erzielen hofft.

IV. Offensivmaßnahmen

Für die Verteidiger ist es wichtig, nicht nur auf die Handlungen des Besatzers zu reagieren, sondern das Gesetz des Handelns selber in die Hand zu nehmen. So ist man vor Überraschungen sicherer und die politischen und moralischen Kosten einer Besetzung lassen sich von den Verteidigern durch Konfrontationstaktiken wie Protestkundgebungen, Go-ins und Sit-ins noch steigern.

Die dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration und möglichst zahlreiche Demonstrationen sollen die Besatzungsmacht zwingen, ihre großen Truppenverbände zu Überwachungs- und Verhaftungsaktionen in kleinere Einheiten aufzuteilen. Diese kleinen Gruppen von Soldaten oder zivilem Personal können dann von den Verteidigern ins Gespräch gezogen werden.

Weitere Offensivmaßnahmen sind das Schreiben von Protestbriefen, wie es z.B. amnesty international seit langem macht, oder der Boykott z.B. von gegnerischen Produkten oder Betrieben, die für den Gegner arbeiten.

C UMSTELLUNG AUF SOZIALE VERTEIDIGUNG

I. Utopie

Wir haben bisher versucht zu zeigen, daß SV eine sinnvolle und praktikable Verteidigung ist, die in jedem Fall einer militärischen vorzuziehen ist. Angesichts der Katastrophe, die letztere im Kriegsfall für uns bedeuten würde, gilt dies auch schon für unseren heutigen Staat.

Der Prozess der Umstellung auf SV muß aber gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen, denn unsere jetzige Gesellschaft ist durch Militär und Ausbeutung der "3. Welt" geprägt. Ausbeutung läßt sich aber letztendlich nur mit militärischen Mitteln absichern, nicht mit SV, die die Verteidigung des ethisch Stärkeren ist.

Zum anderen können die Erfolgchancen der SV erheblich gesteigert werden, wenn der sich verteidigende Staat dezentral organisiert ist. Denn so kann verhindert werden, daß ein Angreifer durch Austausch weniger Führungskräfte Politik und Wirtschaft kontrollieren kann; denn so kann der Einzelne die Institutionen so durchschauen und kontrollieren, daß er bereit ist, sich für seinen Staat einzusetzen.

Eine solche Gesellschaft ohne Militär soll deshalb drei wichtige Merkmale haben: Sie soll

1. basisdemokratisch organisiert sein,
2. eine dezentrale Wirtschaft haben und
3. von neu geordneten Werten getragen sein.

Sie soll sich aus Basisgruppen heraus entwickeln, indem sie innerhalb des bestehenden Systems wächst.

1. Basisdemokratie ...

... bedeutet dabei, daß die politischen Entscheidungen auf möglichst lokaler Ebene getroffen werden, daß jedes Dorf und jede Stadt Gremien bildet, in denen die Beschlüsse von möglichst allen Betroffenen getragen werden. Die Abschaffung der einfachen Mehrheitsbeschlüsse verlangt ein hohes Verantwortungsbewußtsein, welches durch Einübung geschaffen werden soll. Dies geschieht bereits heute bei vielen gewaltfreien Aktionen(Sprecher-

ratsmodell, Konsensprinzip, Basisgruppen).

Von diesen lokalen Gremien muß auch die entbürokratisierte Verwaltung abhängig sein, die den Schutz des Einzelnen und der Gemeinschaft gewährleisten soll. Sie muß dabei für den Einzelnen durchschaubar sein. Je mehr der Bürger so an allen Entscheidungen verantwortlich beteiligt ist, desto eher ist er bereit, Widerstand gegen einen Angreifer zu leisten. Ein Aggressor wird außerdem große Schwierigkeiten haben, die lokalen Gremien alle zu entmachten und die dezentralen Verwaltungen unter seine Kontrolle zu bringen.

2. Eine dezentrale Wirtschaft ...

... ist ebenfalls wichtig, damit im Verteidigungsfall die Versorgung mit Energie, Lebensmitteln u.s.w. einfacher ist. Auch hier gilt, daß ein Angreifer seine wirtschaftlichen Ziele und eine Erpressbarkeit der Bevölkerung um so leichter erreichen kann, je kleiner die Zahl der Schaltstellen und Menschen ist, die die Wirtschaft kontrollieren. Es müßte deshalb möglichst viele selbstständig arbeitende Betriebe geben.

Wie in der Politik ist auch in diesen Betrieben die Basisdemokratie ein wichtiges Element, das heißt, daß die Beschäftigten selbst über alle wichtigen Fragen ihres Unternehmens entscheiden. Nur dann können sie sich mit ihm identifizieren und deshalb dafür einstehen. Außerdem gibt es so keine einzelne Person, die als allein entscheidende von einem Angreifer gezwungen werden kann, den Betrieb umzuorganisieren.

Auch dieses Modell der selbstverwalteten Betriebe wird heute schon erprobt und durchgeführt, z.B. in Genossenschaften und kleinen Alternativbetrieben.

3. Änderung des Wertesystems

Eine solche Veränderung von Politik und Wirtschaft muß von einer Veränderung des Bewußtseins jedes Einzelnen getragen werden. Konflikte entstehen oft durch Menschenverachtung, Profitgier und Machtmißbrauch. Deshalb sollen in der Gesellschaft ohne Militär solche Wertvorstellungen, die die Möglichkeit bieten, Konflikte gewaltfrei zu lösen, von möglichst vielen

anerkannt und gelebt werden. Für uns sind dies vor allem christliche Werte und die Menschenrechte.

Schon heute sind Werte wie Gewaltfreiheit, Liebe, Geschwisterlichkeit und Solidarität, Kreativität und Einsatzfreude für eine gerechte Welt hoch angesehen, aber nur wenige setzen sie in ihrem Leben um. Für den Gesellschaftswandel ist es jedoch unverzichtbar, daß sie im Handeln derjenigen sichtbar werden, die sich für die neue Gesellschaft einsetzen. Durch ihr Vorbild zeigen sie, wie der Einzelne sein Leben selber bestimmen kann und sich nicht unüberlegt von Spezialisten, öffentlichen Meinungen, festgelegten religiösen Grundsätzen und aggressiven Werbemethoden lenken läßt. So wird seine Widerstandskraft gegenüber Unrecht gestärkt; es wird für ein totalitäres Regime schwer, ihn wieder in eine Hierarchie einzuordnen.

II. Der Weg

Die oben dargestellten Zielvorstellungen sind eine Utopie, das heißt, daß erst während der Umstellung ihre Einzelheiten je nach Bewährung festgelegt werden sollen. Das Grundelement der SV, die Gewaltfreiheit, muß dabei aber auf jeden Fall gewahrt werden.

Wie schon gesagt, soll sich diese Gesellschaft von unten entwickeln und sich mit Hilfe der Methoden der SV behaupten. Es geht also um die Frage, wie die bisherigen Strukturen außer Kraft gesetzt werden und wie die neuen Strukturen aufgebaut werden können. Dabei können verschiedene Gruppen auch verschiedene Aufgaben übernehmen:

In großen Organisationen, wie Parteien, Kirchen und Gewerkschaften, können Menschen einerseits innerhalb der Gremien gegen die Zentralisierung kämpfen und andererseits diejenigen, die neue Strukturen aufbauen, durch Finanzhilfen und Bildungsarbeit unterstützen. Wenn sie sich frühzeitig auf selbstverwaltete Strukturen einlassen, können sie in kommenden Krisen eine kontinuierliche Kraft sein, die zu großen Ängsten und Verwirrungen entgegenwirkt. Als Beispiel seien hier die Grünen genannt, die in den bisherigen Strukturen unter anderem gegen Umweltzerstörung arbeiten und gleichzeitig Basisarbeit leisten, und die

Kirchen, die z.B. vereinzelt durch Finanzhilfen selbstverwaltete Projekte wie Arbeitsloseninitiativen unterstützen.

Die wichtigste Aufgabe des Ausprobierens neuer Möglichkeiten haben kleine Gruppen und Zusammenschlüsse. So können kleine Alternativbetriebe schon heute die Selbstverwaltung einführen, versuchen, umweltbewußt zu produzieren, können sanfte Technologien (wie z.B. Sonnenkollektoren oder Recycling-Methoden) einführen und neue Kommunikationsstrukturen aufbauen. Andere Gruppen können wichtige Aufgaben im Bewußtseinsbildungsprozess übernehmen, können Kritik üben, Alternativen erarbeiten und Zentralisierungsbestrebungen ihren Widerstand entgegensetzen.

Hier müssen die politischen Kräfte von Ökologie-, Frauen-, Friedens-, Arbeiter- und Eine-Welt- Bewegung zusammenwirken, um vor Sackgassen zu warnen und den Weg zur neuen Gesellschaft aufzuzeigen. Gerade die Ökologie- und Friedensbewegung haben durch gewaltfreie Aktionen zivilen Ungehorsams auch schon mit der Einübung von Methoden der SV begonnen. Diese bieten die Möglichkeit, die politischen Kräfte, die für Abrüstung und Dezentralisierung eintreten, zu stärken und ihnen zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Bedeutung des Einzelnen im Bewußtseinsbildungsprozess sollte jedoch auch nicht unterschätzt werden. Jeder Mensch kann im Gespräch und als Vorbild daran teilnehmen. Jeder kann versuchen, sich von seinem Verhalten, das Autorität und Unmenschlichkeit beinhaltet, freizumachen. Jeder kann auch daraufhin wirken, sich von Strukturen, die die SV behindern, zu lösen. Er kann seinen Konsum einschränken und sich auf Waren beschränken, die möglichst wenig Ungerechtigkeit verursachen. Als Beispiel seien hier Menschen angeführt, die kein Fleisch mehr essen, weil von den Nahrungsmitteln, die z.B. ein Rind bis zur Schlachtung zu sich genommen hat, zehn mal mehr Menschen satt werden könnten, wie von dem Fleisch des Rindes.

Der Weg, der für die SV eingeschlagen werden soll, birgt für uns die Hoffnung, mit der Ungerechtigkeit des Hungers und der Umweltzerstörung zu brechen, die Kriegsgefahr zu bannen und uns eine Zukunftsperspektive zu geben. SV ist für uns eine Möglichkeit, unseren Wunsch nach gewaltfreien und menschenwürdigen Verhältnissen in ein praktisches Konzept umzusetzen, einen Wunsch, den früher schon Menschen wie Jesus und seine Jünger und später Bertha von Suttner, Gandhi, Martin Luther King und die Frauen vom Plaza de Mayo in ihrem Leben umsetzten.

Wir sehen, daß unsere Gesellschaft schweren Krisen entgegengeht, die durch Arbeitslosigkeit, drohenden Zusammenbruch des Weltwährungssystems, Hunger in der "3. Welt", Umweltzerstörung und Rohstoffverknappung bedingt werden. Damit die Regierungen nicht als einzigen Ausweg den Krieg anfangen, müssen wir schon heute den Weg der gewaltfreien Praxis gehen und zeigen, wie auch diese Probleme lösbar sind.

Wir wissen, daß die Einführung der SV nicht ohne Schmerzen vonstatten gehen kann. So werden viele Leute liebgewonnene Machtstellungen und übermäßigen Lebensstandard aufgeben müssen. Doch werden sie gerade dies auch als Befreiung erleben können. Auch werden die Menschen in der Situation der SV Leiden verkraften müssen, ohne selbst anderen Leid zuzufügen, sie werden lernen müssen, sich auf die Solidarität anderer zu verlassen. Aber genau dieses sind Möglichkeiten, die Welt menschlicher zu machen; Lebensformen, wie sie schon Jesus Christus gelebt hat.

Angesichts der Tatsache, daß entweder wir die Rüstung abschaffen oder die Rüstung uns abschafft, hoffen wir, daß immer mehr Menschen aus der Passivität herausfinden und sich so eine Spirale der gewaltfreien Praxis in Gang setzt.

Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen
und ihre Spieße zu Sicheln machen.
Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben,
und sie werden hinfert nicht mehr lernen,
Krieg zu führen.

(Micha 4)

1. MATERIALKISTE Historische Beispiele

i n h a l t

Jahr	Beispiel	Seite
1920	Kapp-Putsch	18
1923	Ruhrkampf	20
1930	Indien	21
1942	Norwegen	22
1943	Dänemark	24
1953	Workuta (UdSSR)	25
1955	Montgomery (USA)	27
1961	Algerien	29
1968	CSSR	31
1978	Bolivien	36

Da Soziale Verteidigung bisher noch nie praktiziert wurde, können dies natürlich auch keine Beispiele für Soziale Verteidigung sein. Diese Beispiele sollen vielmehr zeigen, wo in der Geschichte Verteidigungsformen angewandt wurden, die auch bei der Sozialen Verteidigung wichtig sind. Siehe dazu auch Seite 35.

1920 Kapp-Putsch

Der Kapp-Putsch gehört zu den am häufigsten erwähnten Beispielen für den Erfolg gewaltfreier Methoden. Der Putsch war im wesentlichen erfolgreich, aber die Putschisten mußten später, auf Grund fehlender Unterstützung des Volkes aufgeben und weil sie einer effektiven Nichtzusammenarbeit ausgesetzt wurden.

Direkter Anlaß des Putsches war der Regierungsbeschluß, die Freikorps aufzulösen. Am 10. März 1920 stellten die extremen Nationalisten des rechten Flügels, Dr. Wolfgang Kapp und General von Lüttwitz, dem Präsidenten der Weimarer Republik, Ebert, ein Ultimatum, in dem sie eine Neuausschreibung der Wahl und eine Regierung aus einem Expertenkabinett forderten. Zu ihren Zielen gehörte die Unterdrückung des Kommunismus, die Wiedereinführung der Monarchie unter Wilhelm II. und daß der Auflösung der bewaffneten Truppen, die laut Versailler Vertrag stattfand, ein Ende gemacht würde.

Eberts Antwort war eine etwas vage Ablehnung der Forderung und die Warnung, jedem Versuch, die Republik zu stürzen, mit einem Generalstreik zu begegnen. Zu diesem Zeitpunkt schien es klar, daß das Heer - besonders die Offizierskaste - dem Gedanken eines Putsches von rechts nicht abgeneigt war. Kapp erhielt tatsächlich Zusicherungen, daß weder die bewaffneten Streitkräfte noch die Polizei sich einem Putschversuch widersetzen würden.

Am 12. März maschierten Kapp und seine Anhänger nach Berlin, unterstützt von der 5000 Mann starken Brigade Ehrhardt, einem gutausgebildeten und gutbewaffneten Freikorps. Sie trafen weder auf Widerstand von Heereseinheiten noch von Polizei. Die wenigen loyalen Offiziere lehnten es ab, als Reichswehr gegen Reichswehr zu kämpfen. Am 13. März flüchtete die Regierung Ebert aus Berlin, kurz bevor die Stadt besetzt wurde, und ließ sich erst in Dresden und später in Stuttgart nieder. Kapp ernannte sich selbst zum Reichskanzler, und von Lüttwitz wurde zum Oberbefehlshaber der bewaffneten Streitkräfte gemacht.

Von der SPD unterstützt veröffentlichte die Regierung Ebert einen Aufruf zum Generalstreik und rechtfertigte somit die spontanen Streiks, die am 13. März in Berlin ausgebrochen waren. Die Behörden der deutschen Länder erhielten Instruktionen, die Zusammenarbeit mit dem unrechtmäßigen Regime zu verweigern und die Verbindung mit der Regierung Ebert in Stuttgart aufrechtzuerhalten. Im Aufruf der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder heißt es:

"Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten. Kein Betrieb darf laufen, solange die Militärdiktatur der Ludendorff herrscht! Deshalb legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab! Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt allen Zwist beiseite! Es gibt nur dieses eine Mittel gegen die Rückkehr Wilhelms II.:

Lahmlegung des gesamten Wirtschaftslebens!

Keine Hand darf sich mehr rühren!

Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen!

Generalstreik auf der ganzen Linie!

Proletarier vereinigt euch! Nieder mit der Gegenrevolution!"

Der Generalstreik wurde von den Arbeitern aller politischen und religiösen Gruppierungen unterstützt, obwohl die Kommunisten

sich anfangs weigerten, daran teilzunehmen. Die Drucker in Berlin streikten, nachdem zwei Berliner Tageszeitungen, die die gesetzmäßige Regierung unterstützt hatten, verboten wurden, und um den 14. März war der Generalstreik in vollem Gang. "Unentbehrliche Versorgungsleistungen" waren nicht ausgenommen. Besonders effektiv war der Streik in der Verwaltung. Hohe Beamte weigerten sich, die Ministerien unter Leitung der Rebellen weiterzuführen, und die ganze Verwaltung lehnte eine Zusammenarbeit ab. Insbesondere war das Regime außerstande, Mittel aus der Staatskasse zu erhalten. Laut einem Dekret, das die Regierung in Dresden veröffentlichte, sollten Beamte, die öffentliche Mittel an die Kapp-Regierung auszahlten, persönlich dafür haften. Ernsthaftige Drohungen und gewaltsame Unterdrückung wurden gegen die Streikenden eingesetzt und einige der Streikenden erschossen. Besonders blutige Zusammenstöße ereigneten sich in Mecklenburg und Schlesien zwischen bewaffneten Arbeitern und den Rebellentruppen, aber dennoch griffen die Streiks weiter um sich. Es zeigte sich schnell, wie enge Machtgrenzen der Rebellenregierung gesetzt waren. Sie konnte Dekrete und Befehle ausstellen, aber sie wurden nicht befolgt. Die Kapp-Regierung legte einen Kompromißvorschlag vor, den aber die Regierung Ebert am 15. März ablehnte. Flugblätter mit dem Titel "Zusammenbruch der Militärdiktatur" wurden aus Flugzeugen über Berlin abgeworfen.

Der Putsch brach am 17. März nach viertägiger Dauer zusammen. Am Vormittag verlangte die Sicherheitspolizei von Berlin Kapps Rücktritt. Er trat später am selben Tage zurück und floh nach Schweden. Von Lüttwitz zog sich im Laufe des Abends als Oberbefehlshaber zurück, während viele andere Verschworene in Zivil aus Berlin flohen. Am 18. März marschierte die Brigade Erhardt, die nun unter dem Befehl des Präsidenten Ebert stand, aus Berlin ab. Sie ging später nach Bayern, wo sie unter der neuen Regierung Schutz fand.

(aus: Boserup/Mack. Krieg ohne Waffen?)

Zur freundlichen Erinnerung

Das ist jetzt grad zehn Jahre her.
Könnt ihr euch noch besinnen? –
Da luden sie das Schießgewehr,
ihr Krachspiel zu beginnen.
Die *Ehrhardt*, *Pabst* und *Lüttwitz*
sie zogen aus von *Döberitz*,
um Deutschland zu befreien.
Schon stand beim Brandenburger Tor
zufällig *Ludendorff* davor
und musterte die Reihen.

An Bismarcks Tisch nahm Platz Herr *Kapp*,
die Seele vom Geschäfte.
Mit ihm regierten, nicht zu knapp!
bewährte Stammtischkräfte.
Karl Schnitzler, Dichter und Dentist,
und *Trebitsch-Lincoln* (bitte: Christ!)
nebst *Jagow* sowie *Schiele*.
Man ging ans Werk und lobte Gott,
verbot den Streik und den Boykott
und gab Befehle viele.

Das Galgenrecht ward aufgerichtet'
für die, die nicht gehorchten.
Wer hält vor soviel Forscheit nicht
die neue Macht geforchten?
Doch die Proleten ließen bloß
die Hebel der Maschinen los –
macht euern Dreck alleine!
Aus war's mit Licht und Eisenbahn,
kein Wasser tropfte aus dem Hahn,
Streikbrecher gab es keine.

Da sind gleich auseinandergerutscht
der Diktatur die Bretter;
für diesmal hatten ausgeputscht
die Vaterlandserreter. – –
Knüpft' man sie auf? sperrt' sie ins Loch?!
I wo. Sie sind so munter noch,
wie Anno Kapp sie waren.
Denn von der *Republik* zum Lohn
beziehn sie schöne Staatspension
auch heut noch nach zehn Jahren.

1923 Ruhrkampf

Frankreich und Belgien besetzten im Januar 1923 das Ruhrgebiet unter dem Vorwand, eine Kontrollkommission von Ingenieuren und Beamten einzurichten, die die Bezahlung der Reparationen sichern sollte. Da das Deutsche Reich nicht in der Lage ist, sich militärisch zur Wehr zu setzen, ruft die Reichsregierung zum „passiven Widerstand“ auf (13. Januar 1923). Die Deutschen legen die Wirtschaftsmaſchinerie des Landes still, um die Franzosen daran zu hindern, ihre mit der Besetzung verfolgten Absichten zu verwirklichen – speziell die Erzwingung zusätzlicher Kohlelieferungen. Bergarbeiter weigern sich, die von der Besatzungsmacht beanspruchte Kohle zu fördern, Unternehmer verweigern die Ablieferung der Kohle, Eisenbahner blockieren den Abtransport, Beamte weigern sich, Anordnungen der fremden Militärs entgegenzunehmen. Gewaltsame Übergriffe und Repressalien der Besatzungsmacht stärken den Widerstandswillen.

Der moralisch begründete Widerstand schafft den Deutschen weltweit neue Sympathien, isoliert auf der anderen Seite Frankreich gegenüber seinen eigenen Verbündeten.

Erst als es auf deutscher Seite zu gewaltsamen Sabotageaktionen kommt und als Währung und Wirtschaft infolge der Inflation zusammenbrechen, wird der passive Widerstand abgebrochen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist zwar der Widerstand gescheitert. Aber er hat – so Professor Arnold Brecht – nicht nur eine „politische und wirtschaftliche Gesundung in Deutschland“ eingeleitet, sondern schließlich auch die französische Regierung Poincaré zur Aufgabe ihrer Politik gezwungen.

Der französische General Mordacq berichtet über seinen Besuch im besetzten Gebiet im August 1923:

„Ich...machte Station namentlich in Essen, Bochum, Dortmund, Witten und an der Lippe sowie in allen Fabriken (wie zahlreich sind sie!), die unsere Truppen besetzt hielten. Ach, unsichtbare Besetzung! In ausgedehnter Weise sprach ich mit dem Poilus (Soldaten und Offizieren), mit den Generalen und Ingenieuren. Diese Unterhaltungen machten auf mich einen schon mehr schmerzlichen Eindruck. Bestand doch tatsächlich volle Klarheit darüber, daß die ganze Gegend, die für äußerst nutzbringende Arbeit so gut organisiert ist, nur einen sehr schwachen Ertrag lieferte, und zwar deshalb, weil unsere Ingenieure, die anweisungsgemäß alles dirigieren sollten, hierzu absolut unfähig waren, da sie eben die Eigenart dieses Landes nicht kannten und dabei noch beständig auf das passive Entgegenwirken der deutschen Ingenieure und Arbeiterschaft stießen. Das war wirklich passiver Widerstand, der dort oben herrschte und der auch Erfolg brachte. Konnte man sich doch in der Tat der Feststellung nicht entziehen, daß sich alle Franzosen, Zivil- und Militärpersonen, Poilus und obere Führer, ungeheure Mühe gaben, um letzten Endes Ergebnisse zu erzielen, denen fast keinerlei Bedeutung zukam. Dabei machten doch die Hochöfen, Fabriken, Werkstätten aller Art, die sich hier in übergroßer Zahl zusammendrängen, den Eindruck einer Leistungsfähigkeit mit enormen Ertrag, den man sicher auch erreicht haben würde, wenn man das „gewohnte Hirn“ hätte die Masse leiten lassen. Ich ermittelte ferner, daß ich nicht der einzige war, der das bedauerte, fast alle Generale, die seit Januar zur Ruhrbesetzung gehörten und die die Ausübung unserer traurigen Wirtschaftspolitik Schritt für Schritt verfolgt hatten, teilten meine Meinung.“

(aus dem Beiblatt von Volker Hornung zu dem Film "Wenn die Panzer kommen" und aus Ebert Bd.2.)

1930 Indien

Im Jahre 1930 begann Gandhi eine neue Kampagne, die Salz-Satyagraha. Gandhi und seine Anhänger machten sich vom Ashram Ahmedabad auf den Weg zum über 200 Meilen entfernten Arabischen Meer, wo er einige Salzkörner aus dem Ozean auflesen wollte. Diese Aktion war der symbolische Brennpunkt für eine Kampagne bürgerlichen Ungehorsams bei der zunächst das staatliche Salzmonopol übertreten wurde.

Vor Beginn hatte Gandhi einen Brief an den Vizekönig gesandt: "Lieber Freund ... Ich halte die englische Herrschaft für einen Fluch". Dennoch: "Ich beabsichtige nicht, auch nur einem einzigen Engländer ein Leid zuzufügen oder ihn in einem legitimen Interesse zu beeinträchtigen, das er hier in Indien verfolgen mag. ... Mein Ehrgeiz besteht in nichts Geringerem als darin, das englische Volk durch Gewaltlosigkeit zu bekehren und zu der Erkenntnis zu führen, welches Unrecht es Indien angetan hat. Ich beabsichtige nicht, verletzend zu Ihrem Volk zu sein. Vielmehr möchte ich ihm ebenso dienen, wie meinem eigenen ...". Doch der Vizekönig antwortete nicht einmal persönlich. Am Abend des 11. März hielt Gandhi seine letzte Gebetsversammlung vor dem Marsch ab: "Nach allem, was ich während der letzten zwei Wochen erlebt habe, bin ich geneigt zu glauben, daß der Strom derer, die bürgerlichen Widerstand leisten wollen, nicht abreißen wird.

Doch laßt auch nicht den geringsten Anschein entstehen, als wolltet ihr den Frieden brechen, selbst dann nicht, nachdem wir alle verhaftet worden sind. Wir haben beschlossen, alle Reserven für die Verfolgung eines ausschließlich gewaltlosen Kampfes einzusetzen. Laßt nicht zu, daß jemand im Zorn unüberlegte Handlungen begeht. Das ist meine Hoffnung und inständige Bitte. Ich wünschte nur, daß diese meine Worte jeden Winkel und jede Ecke des Landes erreichten."

Die Aktion sollte sich über ganz Indien ausbreiten: "Wo immer dies möglich ist, sollte mit bürgerlichem Ungehorsam gegenüber den Salzgesetzen begonnen werden. Es gilt für gesetzwidrig, Salz herzustellen, wo auch immer die Voraussetzungen gegeben sind. Der Besitz und Verkauf von geschmuggeltem Salz (das natürliches Salz und Salzerde mit einschließt) gilt gleichfalls als Verstoß. Jedermann, der solches Salz verkauft, macht sich strafbar. Von den natürlichen Salzablagerungen an der Küste etwas zu entnehmen und fortzutragen, gilt nicht minder als Gesetzesbruch. Kurz gesagt, ihr könnt zu jedem dieser Mittel greifen, um das Salzmonopol zu brechen."

Für die Aktion standen Gandhi eine umfangreiche Gruppe gut ausgebildeter Satyagrahi zur Verfügung, gleich gut geschult zur Überwachung wie zur Propagandaarbeit in der breiten Menge. Sie wurden zusammengehalten durch ein gemeinschaftlich abgelegtes Gelübde und durch die Lebensregeln des "Ashram-im-Aufbruch", die drei Punkte umfaßten: Gebet, Spinnen und das Führen eines Tagebuches. Sie hatten eine einheitliche Kleidung (eine Art Uniform aus Khaki) und trugen die Kopfbedeckung von Gefängnisinsassen.

Nach 24 Tagen Marsch am Indischen Ozean angekommen hob Gandhi einige Brocken Salz auf - ein Signal überall auf dem Subkontinent Gleiches zu tun, wenn man sich in der Nähe des Ozeans befand. Das Rohmaterial wurde ins Landesinnere getragen, wo man es auf Hausdächern in Pfannen weiterverarbeitete und dann verkaufte. Über 50 000 Inder wanderten ins Gefängnis, weil sie gegen das Salzgesetz verstoßen hatten. Die ganze Aktion verlief ohne nennenswerte Gewalttätigkeiten.

1942 Norwegen

Einige Möglichkeiten der dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration lassen sich am Beispiel des Widerstandes der norwegischen Lehrer gegen das Quisling-Regime im Jahre 1942 aufzeigen, obwohl die Norweger aufs Ganze gesehen keine Politik der Sozialen Verteidigung betrieben, und aus diesem Grunde die dynamischen Aspekte des Widerstandes auch unterentwickelt blieben.

Vidkun Quisling, der Führer der norwegischen Nationalsozialisten, wollte den Aufbau seines nordischen Ständestaates mit der Gleichschaltung der Lehrer beginnen, die alle bis zum 1. April 1942 einer nationalsozialistischen "Korporation" beitreten sollten. Die untergetauchten norwegischen Lehrerverbände appellierten an die Kollegen, in gleichlautenden Schreiben dem Erziehungsministerium zu erklären, daß sie keinen nationalsozialistischen Unterricht geben und sich nicht als Mitglieder der neuen Lehrerorganisation betrachten würden. Ungefähr 12 000 der insgesamt 14 000 Lehrer folgten diesem verschwiegen verbreiteten Aufruf. Die Regierung verhaftete einige der Lehrer, in denen sie Rädelsführer sah, schloß unter dem Vorwand des Brennstoffmangels alle Schulen für einen Monat und drohte den Lehrern mit Entlassung.

Diese Politik der Einschüchterung wurde von den Norwegern nicht einfach schweigend zur Kenntnis genommen, sondern fand eine gegenoffensive Antwort. Trotz der Zensur wurde die Neuigkeit vom Widerstand der Lehrer weiterverbreitet. Etwa 200 000 Protestschreiben ergossen sich in die Regierungsbüros. Durch dieses Engagement der Eltern wurde der Kreis der Widerstand Leistenden in einer für Quisling überraschenden Weise erweitert.

Nach Verstreichen der Frist zum Einlenken wurden ungefähr tausend Lehrer verhaftet und in Konzentrationslagern gesammelt. Auch diese Maßnahme fand in öffentlichem Protest eine Antwort. Die Schüler sangen auf den Bahnhöfen, als die Lehrer auf Viehwaggons vorbeifuhren.

Die wechselseitige Eskalation von Drohung und demonstrativer Widerstandsbereitschaft bestimmt den Verlauf der Sozialen Verteidigung. Zur Entscheidung kommt die Auseinandersetzung, wenn eine der beiden Seiten den Gipfel ihrer Einsatzbereitschaft erreicht hat.

In den Lagern suchte die Gestapo die Lehrer durch Terror einzuschüchtern. Auf Hungerrationen gesetzt, mußten die Lehrer "Foltergymnastik" im tiefen Schnee durchstehen. Nur wenige gaben nach. Als der Widerstand ungebrochen blieb, ging die "Behandlung" weiter.

Als die Schulen wieder geöffnet wurden, sagten die verschont gebliebenen Lehrer, daß ihr Gewissen es ihnen verbiete, Mitglied der neuen Lehrerorganisation zu werden. Manche zahlten bis zu 40 Prozent ihres Gehalts an die Familien verhafteter Kollegen.

Gerüchte wurden verbreitet, daß einige oder alle der Verhafteten auf irgendeine Weise umkommen würden, wenn die noch arbeitenden Lehrer nicht nachgeben würden. Die Lehrer standen fest. Bemerkenswert ist aber auch, daß die Lehrer von ihren Angehörigen in ihrem Widerstand bestärkt wurden. Noch angesichts der Gefahr, daß jeder zehnte der verhafteten Lehrer erschossen würde, rieten ihre Frauen nicht zum Nachgeben. An diesem Verhalten wird deutlich, daß in der Sozialen Verteidigung - stärker noch als bei der militärischen Verteidigung - die Kampfmoral der nicht unmittelbar

in der Konfrontation stehenden die Widerstandsbereitschaft stark beeinflussen kann.

Um wenigstens durch die lokale Trennung von diesen Familienangehörigen die Lehrer zu zermürben, wurden die Verhafteten in Viehwagen und auf überfüllten Dampfern in den hohen Norden zu einem Lager nahe Kirkenes gebracht.

Entschieden wurde der Kampf schließlich dadurch, daß die Opferbereitschaft der Lehrer und ihrer Angehörigen die Moral der Heimatfront stärkte und Quisling mit einem Übergreifen des offenen Widerstands auf weitere soziale Gruppen rechnen mußte. Dies hätte aber möglicherweise bedeutet, daß er seine (begrenzten) Befugnisse an die deutsche Besatzungsmacht verloren hätte. Aus Angst, die Norweger noch weiter von seinem Regime zu entfremden, befahl Quisling schließlich die Freilassung der Lehrer. Acht Monate nach der Verhaftung kehrten auch die letzten Lehrer nach Hause zurück und wurden dort triumphal empfangen.

Die norwegischen Lehrer hatten mit ihrem Widerstand nicht die deutsche Besatzungsmacht bezwungen, aber immerhin den norwegischen und den deutschen Nationalsozialisten die Ohnmacht dieses Marionettenregimes bewiesen. Quislings Projekt eines nordischen Ständestaates scheiterte so von Anfang an. Der nordische Führer war sich seiner Niederlage auch bewußt. Bei einer Rede vor Lehrern in der Nähe von Oslo bekam er einen Wutanfall und schloß mit den Worten: "Ihr Lehrer habt mir alles verdorben".

(aus: Theodor Ebert, Soziale Verteidigung Band 1, Seite 149f)

1943 Dänemark

Vom Widerstand der Dänen im 2. Weltkrieg wird folgende Geschichte erzählt:

"Während des letzten Krieges hatten deutsche Truppen Dänemark besetzt und damit die Regierungsgewalt übernommen. Alle Befehle, die von der deutschen Truppenleitung ausgegeben wurden, mußten von den Dänen befolgt werden. Auch der dänische König, Christian, unterstand der Gewalt der Deutschen.

An einem Abend im August 1943 wurde ein schrecklicher Befehl ausgegeben: Alle dänischen Juden sollten ab sofort einen gelben Davidstern auf ihrer Kleidung tragen. Die Dänen wußten, daß dieser Stern ein Zeichen des Todes war. Sie hatten von der Verfolgung der Juden in Deutschland erfahren und sahen nun ihre dänischen Mitbürger einem ähnlichen Schicksal entgehen.

Als sie an diesem Abend ihre Rundfunk-Empfänger auf den Sender einstellten, der die Nachrichten der Widerstandsbewegung bekanntgab, hörten sie eine Botschaft des Königs: "Aus seinem Palast in Amalienborg hat König Christian die folgende Antwort gegeben auf den deutschen Befehl, daß alle Juden einen Davidstern tragen müssen: Der König sagt, daß ein Däne genauso sei wie der andere. Er wolle selbst den ersten Davidstern tragen und erwarte von jedem Gleichgesinnten Dänen dasselbe."

Als am nächsten Morgen die Bewohner Kopenhagens auf die Straßen gingen, trugen fast alle von ihnen den gelben Stern.

Der gegebene Befehl mußte widerrufen werden, und es gelang den Dänen, ihre jüdischen Mitbürger heimlich außer Landes, in das unbesetzte Schweden, zu bringen."

(aus: P. Musall. Ich will Dir vom Frieden erzählen.)

In Norwegen und Dänemark richtete sich der Widerstand vor allem gegen die politische Gleichschaltung, während die militärische Nutzung gar nicht und die wirtschaftliche Nutzung kaum in Frage gestellt wurde. Der Widerstand gegen die politische Gleichschaltung tendierte jedoch dazu, die beiden bislang erreichten Ziele der Besatzungsmacht zu gefährden.

Dänemark lieferte 10% Fleisch, 10% Butter, 17,6% Seefisch und 11% Zucker des deutschen Gesamtbedarfs. Es hatte einen beträchtlichen Außenhandelsüberschuß, der faktisch Deutschland als Kriegskredit zugute kam. Fast 100 000 Dänen arbeiteten in Deutschland.

Die wirtschaftlichen Hilfeleistungen machten Dänemark zu einem äußerst wertvollen Partner des Reiches. Bei Ausbruch des deutsch-russischen Krieges war Dänemark an zweiter Stelle nach Italien als Lieferant des Deutschen Reiches aufgeführt.

(nach: Theodor Ebert. Soziale Verteidigung Band 2)

1953 Workuta (UdSSR)

Im Juli 1953 war es in den Gefangenenlagern der Kohlenminen von Workuta zu meist sehr disziplinierten, gewaltlosen Streiks gekommen. Gefangene aus Karaganda waren nach Workuta verlegt worden und hatten die dortigen politischen Häftlinge über ihre Streikerfahrung informiert: Bei entschlossenem Auftreten der Gefangenen lassen sich die Behörden verunsichern und zu Zugeständnissen bewegen.

Im Lager 3 kam es zu einer dramatischen Zuspitzung der Lage, als das Streikkomitee und 2000 weitere Lagerinsassen die Entlassung von 30 Karaganda-Häftlingen aus dem Lagergefängnis forderten. Der Lagerkommandant bat sofort um Truppenverstärkung und um den Abtransport dieser Häftlinge. Gerade als Truppen und Lastwagen eintrafen, gelang es den Karaganda-Häftlingen, sich selbst zu befreien. Nach Augenzeugenberichten geschah nun folgendes:

"Am Lagertor ertönte der Befehl 'Feuer'! Kein Schuß wurde jedoch gehört. Die Mündungen der Maschinengewehre der Soldaten waren seitwärts gerichtet und die Staatssicherheitspolizisten hatten nur den Finger am Abzug. Das Unglaubliche war geschehen - sie hatten sich geweigert, auf ihre unbewaffneten Gegner zu schießen. Es schien, als ob die Lippen der Männer die Frage formulierten: Sind diese Leute wirklich unsere Feinde?"

Sollte dies bedeuten, daß auf eine Rebellion noch eine andere folgen würde? Der Offizier des Staatssicherheitsdienstes erfasste die Situation. Er griff sich die Maschinenpistole des ihm am nächsten stehenden Untergebenen und eröffnete das Feuer auf die Gefangenen. Eine Maschinenpistole ist eine schnelle Waffe. In 30 Sekunden hatte sie 15 Mann umgemäht. Sie wurden auf Tragbaren gelegt. Zwei von ihnen waren tot."

..."Der Vorsitzende und die anderen Mitglieder des Streikkomitees gingen auf das Detachement des Staatssicherheitsdienstes und den Kommandanten des Wachpersonals zu und erklärten ihnen: 'Von diesem Moment an übernehmen wir die Kontrolle über das Lager. Wenn ein Offizier oder Soldat das Lager ohne unsere Erlaubnis zu betreten wagt, werden wir ihn töten. Wenn ihr Zwang gegen uns anwenden wollt, dann müßt ihr alle 4500 Insassen dieses Lagers erschießen. Vorläufig erhaltet ihr kein Bröckchen Kohle. Seid euch darüber im klaren, daß wir von nun an selbständig handeln werden.'

Während unser Sprecher dies sagte, schauten wir in Hunderte von Gewehrmündungen. Sie blieben stumm. Die mit großem Ernst gesprochenen Worte überzeugten diejenigen, welche Maschinengewehre und damit unser Leben in ihren Händen hielten. Auch in einem Polizeistaat gibt es Argumente, die stärker sind als Waffen. Obwohl wir uns noch hinter Stacheldraht befanden, fühlten wir uns doch zum erstenmal seit Jahren wieder frei."

Über den Fortgang der Streiks ist jedoch zu berichten, daß die sowjetische Führung nicht nur ihren stellvertretenden Innenminister General Maslennikow zu Besprechungen mit den Streikenden nach Workuta schickte, sondern am 1. August 1953 auch das letzte streikende Lager 29 mit Waffengewalt zurückeroberte. Etwa hundert Streikende fielen aufrecht stehend und von vorn getroffen den Kugeln zum Opfer. Dieser Ausgang des Unternehmens zeigt scheinbar, daß am Ende eben doch die bewaffnete Macht

über den waffenlosen Widerstand siegt. Bei näherem Hinsehen erweist sich dieser Ausgang jedoch als ein moderner Pyrrhussieg, der nur unter konzentriertem Einsatz der Kräfte in einem eng begrenzten Gebiet gegen eine beschränkte Zahl von Widerstandskämpfern errungen werden konnte.

General Maslennikow hatte zu der Operation gegen das Lager 29 nicht die in der Arktis stationierten Truppen herangezogen, da er sich auf deren Gehorsam nicht länger verlassen konnte, sondern eilends aus weit entfernten Teilen der UdSSR Truppen einfliegen und wahrscheinlich mit ausgewählten Informationen präparieren lassen. Da die Streikenden, wie die Worte des Streikleiters aus Lager 3 zeigten, gegenüber den Truppen eine drohende Haltung einnahmen, konnten Fehlinformationen von den Streikenden auch schwer korrigiert werden. In dieser Situation konnten die Unterdrücker ihre Schießbefehle durchsetzen.

(aus: Theodor Ebert, Soz.Vert. Band 1)

1955 Montgomery (USA)

Am 1.12.1955 stieg eine Negerin, Mrs. Rosa Parks, in Montgomery in einen Bus. Müde vom stundenlangen Umherlaufen setzte sie sich auf den ersten Sitz hinter den für die Weißen reservierten Plätzen. Kaum hatte sie sich hingesetzt, befahl ihr der Busführer, den Platz für weiße Fahrgäste zu räumen. Weil jedoch sonst keine Plätze mehr frei waren, blieb Mrs. Parks ruhig sitzen. Die Folge davon war, daß sie verhaftet wurde.

Diese Weigerung war der ganz persönliche Ausdruck einer ewigen Sehnsucht nach menschlicher Würde und Freiheit.

Einige Neger, die von der Verhaftung erfahren hatten (Mitglieder des politischen Frauenrates) kamen überein, daß die Busse von Montgomery boykottiert werden sollten: "...nur durch einen Boykott können wir es den Weißen klarmachen, daß wir uns eine solche Behandlung nicht mehr gefallen lassen."

Die Nachricht von Mrs. Parks' Verhaftung ging wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Ein Komitee bereitete eine Massenveranstaltung mit dem Flugblatt vor: "Fahrt am Montag dem 5. Dez. nicht mit dem Bus zur Arbeit, in die Stadt, zur Schule oder sonst wohin! Wieder ist eine Negerin verhaftet und ins Gefängnis geworfen worden, weil sie sich weigerte, ihren Platz im Bus herzugeben... Wenn Ihr zur Arbeit müßt, nehmt Euch ein Taxi, einer allein oder mehrere zusammen, oder geht zu Fuß!"

Der erste Erfolg war überwältigend. Statt der erhofften 60% Boykottbeteiligung waren es fast 100%. So wurde beschlossen, eine besondere Organisation zu gründen, die sich um den Boykott kümmern sollte. Ihr Präsident wurde Martin Luther King. Der Protest sollte solange weitergehen, bis folgende Forderungen erfüllt würden:

1. von den Busunternehmen wird höfliche Behandlung zugesichert
2. die Fahrgäste dürfen sich in der Reihenfolge, wie sie kommen, setzen
3. auch Neger-Busfahrer werden auf den Linien, die vornehmlich von Negern benutzt werden, eingesetzt.

Neben ihrer kämpferischen Haltung ("Wir sind es müde, ständig unterdrückt und brutal mit Füßen getreten zu werden") wendeten die Neger das Prinzip der Gewaltlosigkeit an. ("Wir wollen überzeugen und nicht Zwang ausüben... Die Liebe muß unser Tun bestimmen").

Um das Transportproblem zu lösen, stellten erst die achtzehn Neger-Taxigesellschaften ihre Autos zu verbilligten Preisen zur Verfügung. Als eine Verordnung über Mindestpreise dies verbot, wurde ein freiwilliger Auto-Pool gegründet, dem bald 300 Wagen zur Verfügung standen. Aber die Neger waren so vom Geist des Protestes durchdrungen, daß sie es manchmal sogar vorzogen, zu Fuß zu gehen (z.T. bis zu 12 Meilen weit!). Das Laufen war für viele eine symbolische Handlung geworden.

Der Auto-Pool war aufs beste organisiert, kostete jedoch eine Menge Geld. Bald entstanden Kosten in Höhe von 5000 Dollar pro Monat für die gesamte Organisation des Boykotts. Sie wurden aus Spenden, die aus ganz Amerika und z.T. aus Übersee kamen, finanziert.

Laufend wurden große Massenversammlungen in Kirchen abgehalten, die schon mehrere Stunden vor Beginn überfüllt waren. Abend für Abend wurden die Versammelten ermahnt, zu lieben statt zu hassen

und sich darauf vorzubereiten wenn nötig lieber Gewalt zu leiden als Gewalt zuzufügen. Von Anfang an reagierten die Leute mit erstaunlicher Begeisterung auf diese Gedanken. Die Neger von Montgomery waren wirklich bereit, einen neuen Weg zur Überwindung der Krise in den Rassenbeziehungen zu suchen.

Obwohl der Protest sofort erfolgreich gewesen war, glaubten die Stadtväter und die Busgesellschaften, er würde nach ein paar Tagen zusammenbrechen. Als jedoch die Busse auch bei Regen leer blieben, zeigten sie sich geneigt zu verhandeln. Sie wollten sich jedoch keine Niederlage eingestehen und gingen deshalb nicht auf die Forderungen der Neger ein. Diese blieben aber ebenfalls hart.

So versuchten die Weißen erst vergeblich mit falschen Berichten über Verhandlungsergebnisse mit den Negerführern, danach mit Repressionen, den Boykott zu brechen. Damit setzten sie sich jedoch nur mehr ins Unrecht. Auch ein Bombenanschlag auf das Haus von M.L.King konnte keine Gewalt von Seiten der Neger provozieren, obwohl die Lage gespannt war. Die Idee der Gewaltlosigkeit hatte sich soweit durchgesetzt, daß sogar Massenverhaftungen der Bewegung nichts mehr anhaben konnten: Die Neger ließen sich nicht einschüchtern, sondern strömten zum Gefängnis, um sich verhaften zu lassen. Die früher vor dem Gesetz gezittert hatten, waren jetzt stolz, daß sie für die Sache der Freiheit verhaftet wurden.

Die Schwarzen klagten nun selber vor Gericht um die Aufhebung der Rassensegregation in Bussen. Weil sie diesen Prozess gewannen, legten die Anwälte der Stadt Montgomery Berufung beim Obersten Bundesgericht ein, das dann aber später den Schwarzen Recht gab und die Segregation für verfassungswidrig erklärte.

Mehr als 12 Monate hatten die Neger einen gewaltlosen Protest durchgehalten, ehe sie einen Sieg errangen.

(nach: G.Gugel. Gewaltfreiheit-ein Lebensprinzip, Materialien 6
des Vereins für Friedenspädagogik Tübingen)

1961 Algerien

General de Gaulle kam 1958 in Frankreich mit Unterstützung der Rechten an die Macht, und allgemein wurde erwartet, er werde den Krieg beenden und Algerien für Frankreich behalten. Im Frühling 1961 war klargeworden, daß de Gaulle in Wirklichkeit dabei war, Algerien freizugeben. Große Teile des französischen Offizierskorps, die die Niederlage in Indochina noch in Erinnerung hatten, betrachteten es als unverzeihlichen Verrat.

Der Putsch wurde von vier Generalen gemacht: Challe, Salan, Jouhaud und Zeller. Er erfolgte in der Nacht vom Freitag zu Sonnabend, den 21.-22. April, als das erste Fallschirmjägerregiment der Fremdenlegion in Algier einmarschierte. Schüsse fielen nur wenige, und während der Dauer des Putsches wurde, soviel man weiß, nur eine einzige Person getötet.

Der größte Teil der französischen Streitkräfte, ungefähr eine halbe Million Mann, befand sich zu dem Zeitpunkt in Algerien, und im Laufe des Sonnabends und Sonntags schlossen sich die meisten Offiziere den Rebellen an. Verhaftet wurden nur einige wenige loyale Offiziere. Wer weiterhin loyal zur Regierung hielt oder noch zögerte, war nicht gewillt, das Feuer gegen die Rebellen zu eröffnen. So zog General Pouilly seine Truppen aus Oran zurück, als die Rebellentruppen herannahten, um einen Zusammenstoß zu vermeiden.

Die französischen Streitkräfte außerhalb Algeriens waren gering und im großen ganzen nicht sehr zuverlässig. Die beiden Divisionen in Deutschland, zusammen kaum mehr als ein Zehntel der Truppen in Algerien, standen unter dem Kommando von Offizieren des rechten Flügels. Diese Offiziere hatte man nach Deutschland geschickt, um sie daran zu hindern, in Algerien Unruhen anzuzetteln, und die Führung der französischen Luftwaffe unterstützte den Putsch. Erst am Montagabend, drei Tage nach dem Putsch, erklärte der französische Oberbefehlshaber in Deutschland der rechtmäßigen Regierung in Paris seine Loyalität.

Zu diesem Zeitpunkt glaubte man in Frankreich an die Vorbereitungen einer Invasion aus der Luft, was die Putschisten in den nachfolgenden Prozessen natürlich leugneten.

Erst Sonntagabend veröffentlichte General de Gaulle eine Botschaft an die Nation, etwas später von Ministerpräsident Debré gefolgt. Zu diesem Zeitpunkt wurde allgemein angenommen, diese große Verspätung sei ein wichtiger Grund dafür gewesen, daß die rebellischen Generale am Anfang so großes Glück gehabt und so große Unterstützung im französischen Heer gefunden hatten.

In seiner Ansprache forderte General de Gaulle zur Nichtzusammenarbeit auf: „Im Namen Frankreichs... verbiete ich jedem Franzosen, und in erster Linie jedem Soldaten, jedem ihrer Befehle zu gehorchen.“ Debré bat um eine Demonstration, die eher darauf abzielte, die Rebellen zu überzeugen: „... die Anstifter des Putsches in Algerien... haben Flugzeuge, um Fallschirmjäger auf verschiedenen Flughäfen (in Frankreich) als eine Vorbereitung zu einer Machtübernahme abzusetzen oder zu landen... Sobald die Sirenen ertönen, dann begeben euch zu den Flughäfen zu Fuß oder im Auto, um die irregeleiteten Soldaten von ihrem riesigen Irrtum zu überzeugen. Die Vernunft muß aus der Seele des Volkes kommen, und jeder muß sich als ein Teil der Nation fühlen“.

Weil auf das Militär kein Verlaß war, mußten sich de Gaulle und Debré direkt an die Bevölkerung wenden, um dem Angriff auf das Vaterland zu begegnen. Die Flughäfen wurden geschlossen, Transportmittel bereitgehalten, um notfalls die Rollbahnen zu blockieren, und die Republikanische Garde eingesetzt, um die wichtigsten Gebäude der Hauptstadt zu schützen. Eine Heimwehr wurde gebildet, aber nicht bewaffnet, und eine Finanz- und Handelsblockade gegen Algerien errichtet. Zehn Millionen Arbeiter streikten am Montag eine Stunde lang, um ihre Solidarität mit der Regierung und dem Präsidenten zu demonstrieren.

Die Frage, ob die Gefahr einer Invasion übertrieben wurde, bleibt offen, aber auf jeden Fall hatte die Aufforderung zum Widerstand eine bedeutende Wirkung gehabt und zu Ungehorsam unter den Truppen in Algerien geführt. General Challe bemerkte bei seinem Prozeß, daß „... die Rede General de Gaulles die Schwankenden noch mehr zögern ließ“. Die loyalen Offiziere und besonders die vielen Wehrpflichtigen, die nicht die politischen Ansichten der Putschgenerale teilten, verwendeten in ihrem Widerstand eher Schwejk-Methoden als offene Nichtzusammenarbeit (die im Heer streng bestraft wird): „Befehle gingen verloren, Karteien verschwanden, Kommunikation und Transport wurden irregeleitet. Die Putschisten mußten Truppen einsetzen, die sie woanders benötigten und die sie für einen Angriff auf Paris hätten gebrauchen können, um in den Kasernen und Basen in Algerien Ordnung zu halten“.

Die Rollbahnen der Flughäfen wurden blockiert, einige Piloten schützten mechanische Fehler vor, andere flogen ihre Maschinen aus Algerien hinaus. Der Widerstand gegen den Putsch blieb völlig gewaltlos, trotz de Gaulles andeutungsweisen Appells zum Widerstand mit „allen Mitteln“ (am Sonntag) und trotz seines ausdrücklichen Befehls (am Dienstagabend), auf die Rebellen zu schießen. Andererseits dauerte es mehrere Tage, ehe die Wehrpflichtigen in den algerischen Kasernen einsahen, daß sie die Zusammenarbeit verweigern konnten und sich der Stärke bewußt wurden, die die Nichtzusammenarbeit ihnen gab.

Am 26. April, vier Tage nach dem Putsch, zog sich das erste Fallschirmjägerregiment aus Algier zurück. Die Revolte der Generale hatte eine Niederlage erlitten, faktisch ohne daß ein einziger Schuß gefallen war.

(aus: Boserup/Mack. Krieg ohne Waffen?)

1968 CSSR

Die Vorgeschichte: Der "Prager Frühling"

Am 5. Januar hatte der Reformkommunist Alexander Dubcek den Stalinisten Antonin Novotny als Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPC abgelöst, am 22. März trat Novotny auch vom Amt als Staatspräsident zurück. Am 30. März wurde - zum ersten Mal in geheimer Wahl - der Kriegsheld Ludvik Svoboda zum Präsidenten der Republik gewählt. Am 6. April demissionierte die Regierung Josef Lenart, am 9. April vereidigte Svoboda den neuen Ministerpräsidenten Oldrich Cernik, einen Wirtschaftsfachmann.

Zu Svobodas ersten Amtshandlungen gehörte die Verkündung einer Teilamnestie für politische Gefangene und die Einstellung der Strafverfolgung von Emigranten und "Republikflüchtigen". Radio Prag schätzte die Zahl der in den vorausgegangenen zwanzig Jahren aus politischen Gründen Inhaftierten auf 120 000 bis 130 000, davon seien rund 100 000 Rehabilitierungsfälle. Schon nach den ersten Versuchen der neuen Männer in Prag, sich von den stalinistischen Praktiken ihrer Vorgänger zu befreien und dem Sozialismus ein menschlicheres Gesicht zu geben, zeigte sich deutliche Nervosität in der Sowjetunion, in Polen, Ungarn und Bulgarien, vor allem aber in der DDR. Am 8. Mai 1968 berieten die Parteiführer der fünf Länder in Moskau über die neue Lage in der CSSR. Ein Propagandafeldzug gegen den neuen Prager Kurs folgte.

Am 20. Juni begannen Stabsmanöver des Warschauer Paktes auf tschechoslowakischem Gebiet, die am 1. Juli beendet sein sollten. Bis Anfang August herrschte jedoch Ungewißheit über den Abzug der Manöversoldaten. Eine Kette von Pressionen Moskaus, die von militärischen Drohgebärden begleitet waren, sollte die Prager Reformer auf den dogmatischen Kurs zurückführen.

Am 28. Juni erschien das "Manifest der 2000 Worte", in dem scharfe Kritik am alten Funktionärskorps geübt wurde. Regierung und Nationalversammlung lehnten die "politisch unverantwortlichen Appelle" des Manifestes zwar ab, doch äußerten in Unterschriftenlisten etwa 40 000 Menschen begeisterte Zustimmung. Im Fernsehen konnte ein Sozialdemokrat über die Chancen einer künftigen Koalition meditieren, in der die Kommunisten möglicherweise vielleicht in der Minderzahl sein würden. Der Primat der KPC schien gefährdet, der Weg zur bürgerlichen Demokratie westlichen Zuschnitts beschritten.

Das rief die Spitzenfunktionäre der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR erneut auf den Plan. Mitte Juli trafen sie zu einer zweitägigen Konferenz in Warschau zusammen. Der Brief, den sie an die "teuren Genossen" in Prag richteten, lieferte die spätere Grundlage für das militärische Eingreifen. In ungeschminkter Deutlichkeit hieß es darin:

"Seht Ihr denn diese Gefahr nicht, Genossen?...Seht Ihr denn nicht, daß Euch die Konterrevolution eine Position nach der anderen entreißt, daß die Partei die Kontrolle über den Verlauf der Ereignisse verliert ... Wir können nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowa-

kei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten."

Doch die Regierung Dubcek weist die Anklagen zurück und bekräftigt ihre Entschlossenheit, einer freien fortschrittlichen und sozialistischen Entfaltung zu dienen.

Der Einmarsch

In den späten Abendstunden des 20. August 1968 überschreiten Truppeneinheiten aus der Sowjetunion, der DDR, Polen, Bulgarien und Ungarn die Grenzen der verbündeten Tschechoslowakei. 650 000 Soldaten sollen die alte Ordnung wieder herstellen. Sie rechtfertigen ihre Intervention mit einem brüderlichen Hilferuf zur Zurückschlagung der Konterrevolution. Nach kurzer Zeit ist das Land besetzt - aber keinesfalls unter Kontrolle. Überall rührt sich Widerstand:

Der Widerstand der Bevölkerung

Eine der ersten Widerstandshandlungen ist spontan: Als der Direktor des Zivilflughafens in Prag die Landung sowjetischer Truppentransportmaschinen bemerkt, ordnet er sofort an:

"Schaltet die Energieversorgung ab, dreht alle technischen Geräte aus. Stoppt die Stromzufuhr, Wasser und Heizung. Die Dienstzeit wird heute verlängert. Jeder bleibt an seinem Arbeitsplatz und verläßt diesen unter keinen Umständen."

Drei Tage brauchen die Besatzer, bis sie die Schaltzentrale des Flughafens selbst bedienen können, und der Flugverkehr wieder funktioniert. Eine wichtige Rolle während des Widerstandes spielt auch der tschechische Rundfunk:

"Verehrte Hörer des Rundfunks und des Fernsehens in Böhmen und in der Slowakei! Wir sprechen zu Ihnen in einer Stunde, die für unser Land die größte Prüfung ist und gleichzeitig die größte Prüfung für jeden Bürger dieses Landes. Wir bitten Sie erneut, lassen Sie nicht zu, daß es mit den fremden Truppen zu offenen Zusammenstößen kommt. Dies würde als Provokation angesehen werden und zur Veranlassung von weiteren Eingriffen führen. Überall, wo Sie mit Okkupationstruppen in Kontakt sind, erklären Sie ihnen, daß in diesem Land Ruhe herrscht, daß Ihr sie als Freunde betrachtet, aber daß die Ordnung in diesem Land wir selbst aufrechterhalten wollen. Hören Sie weiterhin den tschechoslowakischen Rundfunk ab, und suchen Sie die Frequenzen auf denen noch gesendet wird."

Die Prager Bürger verteidigen das Rundfunkgebäude mit allen Mitteln: Sie bilden lebende Mauern, errichten immer wieder aufs neue Barrikaden, tollkühne Jugendliche versuchen, ihre Jacken vor die Sehschlitze der Panzer zu stopfen. Als Panzer die Barrikaden durchbrechen, steuern Verteidiger des Rundfunkgebäudes Lastwagen gegen sie, um ihnen erneut den Weg zu verstellen. Aber die Techniker haben bereits in einem Kinosaal ein Studio errichtet. Es wird weitergesendet. Als dieses Studio auch besetzt wird, sind bereits weitere Sendestudios eingerichtet worden. Der Rundfunk kann so während der ganzen Dauer des Widerstandes senden. Der Freiheitssender demonstriert die Machtlosigkeit der Besatzungstruppen und gibt der Bevölkerung ein Gefühl der Verbundenheit und Einigkeit im Widerstand.

Neben den Untergrundsendern gibt es eine Vielzahl von Wandzeitungen, Flugblättern, Transparenten und Parolen, die überall auftauchen.

Die Bevölkerung entzieht den Besatzern die Orientierungsmittel. Straßenschilder werden entfernt. Hausnummern, Ortskennzeichen und Tafeln an öffentlichen Gebäuden werden abgeschraubt und unkenntlich gemacht. Namensschilder an Wohnungstüren werden ausgetauscht: auf einmal heißen viele Dubcek oder Svoboda. Diese Aktion hat der Rundfunk angeregt.

Die Soldaten können sich so nur schwer zurechtfinden, denn die Bevölkerung verweigert die Zusammenarbeit um jeden Preis: Menschen stellen sich den bewaffneten Truppen entgegen:

"Ich habe gesehen, wie sie am Mittwoch vormittag auf dem Wenzelplatz saßen. Tausende, und von unten, vom Brückl her, kamen die Panzer, sie kamen immer näher und die Tschechen blieben sitzen, sie schwenkten Fahnen, einen Augenblick stockte mir der Atem, die Panzer waren schon ganz nahe, und kein einziger Tscheche stand auf, wirklich kein einziger. Die saßen da und riefen im Chor "Svoboda" "Dubcek", und dann hielten die Panzer an, keine drei Meter von der ersten Reihe der Sitzenden entfernt, aus den Luken schauten Russen heraus, du hättest ihre Gesichter sehen sollen, sie waren so grenzenlos erstaunt, das war ein einmaliger Anblick."

Die Bevölkerung stoppt nicht nur Panzer, sie sucht auch den direkten Kontakt zu den Soldaten. Sie will sie von ihrem Unrecht überzeugen und ihnen sagen, "Keiner hat Euch um Hilfe gerufen". Überall, wo Panzer und Transporter halten, werden sie von Menschentrauben umringt. Die Bevölkerung versucht, den Soldaten den wahren Stand der Dinge klar zu machen.

Überall, auf Schaufenstern und Hausmauern, auf Lokomotiven und Waggons, auf Personenautos und Lastwagen, auf Straßen und Telefonzellen werden Zeichnungen, Karikaturen und Parolen angebracht, die den Soldaten zeigen, wie unerwünscht sie sind:

"Ignoriert die Okkupanten! Gebt ihnen nichts zu essen, eßt lieber alles selbst auf!" - "Sowjetischer Zirkus wieder in Prag. Nicht füttern, nicht reizen." - "Sozialismus ja, Okkupation Nein!"

Direkt aus Prag schildert Heinrich Böll die Lage der russischen Soldaten:

"Es war wirklich eine hoffnungslose Situation für diese armen Jungs. Sie waren vollkommen verzweifelt, manche auch einfach erstarrt und ganz stur. Man muß sich diese zermürbende Situation vorstellen: zwei, drei Tage hintereinander mitten in Prag - einer fremden Stadt - von Tausenden von Leuten umgeben, auf vollkommene Ablehnung zu stoßen, ganz isoliert zu sein, das war ein furchtbarer Schock für sie."

Niemand fällt den Soldaten in die Arme, niemand heißt sie willkommen. Sie treffen nur Menschen, die staunen, weinen, drohen, argumentieren und protestieren. Und ihre Argumente sind sozialistische Argumente - und gerade das gibt ihnen ihre Treffsicherheit, ihre Schärfe, ihre Leidenschaftlichkeit.

Bereits am 3. Tag der Besetzung muß deshalb ein Großteil der stationierten Truppen abgezogen und durch neue Kräfte ersetzt werden. Die neuen Kräfte sind entweder besser geschult, oder sie erhalten einfach Diskussionsverbot. Die Bevölkerung gibt daraufhin die Parole aus: "Ignoriert die Okkupanten".

Im ganzen Land wird ein Generalstreik ausgerufen. Doch um die ei-

gene Produktion nicht lahmzulegen, wird er auf 1 Stunde begrenzt. Er ist ein symbolischer Akt der Solidarität und des Widerstandes. Um Produktionsausfälle auszugleichen, wird zu einer freiwilligen Sonderschicht in den Fabriken - der Dubcek-Schicht - aufgerufen.

Der Widerstand der Regierung

Sofort nach der Besetzung werden Dubcek und andere Regierungsmitglieder verhaftet und in die Sowjetunion transportiert. Die Sowjetunion versucht, eine eigene Regierung einzusetzen und die Bevölkerung von ihrer Regierung zu spalten. Diese Versuche scheitern.

Bevölkerung und Regierungsmitglieder sind sich einig. Sie wollen nicht mit den Besatzern zusammenarbeiten.

Um die Funktionsfähigkeit von Parteikongreß und Regierung zu demonstrieren, wird der 14. außerordentliche Parteikongreß einberufen. An drei verschiedenen Orten finden gleichzeitig Scheinverhandlungen statt, um die Besetzer irrezuführen. Nahezu alle gewählten Delegierten können so an dem Kongreß teilnehmen. Der Parteitag fordert ultimativ den Abzug der Besatzungstruppen und die Freilassung der gefangenen Prager Führer. Obwohl über sein Schicksal nichts bekannt ist, wird Dubcek mit überwältigender Mehrheit als Parteichef bestätigt. Fast alle gesellschaftlichen Gruppen unterstützen nach wie vor seinen Regierungskurs. In einem Aufruf der Gewerkschaftsgruppe der Polizei heißt es beispielsweise:

"Der außerordentliche 14. Parteikongress hat ein neues Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gewählt... Wir werden uns nur von ihren Anordnungen leiten lassen. Gegen selbsternannte Beamte, die eine verräterische Tätigkeit aufnehmen, müßt ihr sofort die Haltung des passiven Widerstandes einnehmen."

Das Ende

Trotz all dieser Anstrengungen wird der Widerstand nach sieben Tagen eingestellt.

Im Gegensatz zu anderen Widerstandsbewegungen, die zusammengebrochen sind, wird der tschechoslowakische Widerstand nicht durch das Militär gebrochen, sondern durch die eigene Regierung beendet. Das kam so:

Am dritten Tag der Besetzung fliegt Staatspräsident Svoboda in die Sowjetunion. Er hat sich entschieden, direkte Verhandlungen mit Moskau aufzunehmen - ohne Auftrag und Billigung durch die Regierung.

Die gefangengesetzten Regierungsmitglieder, darunter auch Dubcek, werden auf Bemühen Svobodas zu den Verhandlungen hinzugezogen. Isoliert von ihrer Bevölkerung, ohne Informationen über die Geschehnisse in ihrem Land, einem gewaltigen Druck und Drohungen durch die Sowjetunion ausgesetzt, stimmen Dubcek und die anderen Regierungsmitglieder, nach viertägigen Verhandlungen, dem "Moskauer Protokoll" zu.

Zugeständnisse auf beiden Seiten - so scheint es zunächst - sind ausgehandelt worden:

- Die Tschechen akzeptieren die Absetzung einiger leitender Vertreter der Reformpolitik, wie z.B. des stellvertretenden Ministerpräsidenten Ota Sik,
- und sie beenden den Widerstand. Die Regierung ist für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung verantwortlich,

- die Russen akzeptieren bestimmte Teile des Reformprogramms, erkennen die Regierung Dubcek an und versprechen, daß ihre Truppen sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischen.

Mit dem Abkommen wird also die Besetzung legalisiert und der Widerstand unterbrochen.

Da die Sowjetunion ihre Zugeständnisse in den nächsten Monaten stückweise zurückzieht bzw. uminterpretiert, gleicht das Ergebnis einer Kapitulation nach einer gewonnen Schlacht. Der Weg zurück in die Abhängigkeit Moskaus ist geebnet.

Die Bevölkerung und viele gesellschaftliche Gruppen sind mit dieser Art von "Kompromiß" nicht einverstanden. Doch sie wollen sich nicht offen gegen die Regierung stellen.

Die Einschränkung der vor kurzem erst gewonnenen Freiheiten beginnen sehr schnell. Dubcek wird einige Monate später entmachtet und als Botschafter in die Türkei abgeschoben.

(entnommen aus: Klaus Lange-Feldhahn/Uli Jäger, Alternative Sicherheitskonzepte. Materialien 8 des Vereins für Friedenspädagogik, Tübingen, 1. Auflage 1983. (teilweise gekürzt))

CSSR 1968 - Testfall für Soziale Verteidigung?

"Der Einmarsch von fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die CSSR im August 1968 hat gezeigt, wie leicht ein modern gerüsteter Staat in die Lage kommen kann, militärisch hilflos zu sein und wie eindrucksvoll in solchen Fällen ein gewaltloser Widerstand der Bevölkerung sein kann. In den ersten Wochen des Widerstandes in der CSSR fand darum auch die Konzeption der Sozialen Verteidigung, (...), Beachtung in einigen Massenmedien. Der spontane Widerstand der Tschechen und Slowaken wurde dabei häufig mit der Konzeption der vorbereiteten Sozialen Verteidigung gleichgesetzt und mit der zunehmenden Restauration bürokratischer Parteipolitik in der CSSR wurde dann auch die Konzeption der Sozialen Verteidigung wieder als unwirksam verworfen. (...)

Der zivile Widerstand in der CSSR hat zwar einige Verhaltensmaßregeln, welche Friedenforscher vorgeschlagen hatten, spontan - und ohne deren Einfluß - realisiert, aber insgesamt ist der Widerstand in der CSSR kein Testfall für die Wirksamkeit der Sozialen Verteidigung."

(aus: Th. Ebert, Soz. Vert. Band 1)

"Was die Tschechoslowaken an zivilem Widerstand geleistet haben, war vielleicht ein Prozent von dem, was sie hätten machen können, wären sie wirklich darauf vorbereitet gewesen."

(Johan Galtung, zitiert nach Th. Ebert, Soz. Vert. Band 2)

1978 Bolivien

Am 9. November 1977 kündigte General Banzer, zu diesem Zeitpunkt Präsident von Bolivien, allgemeine Wahlen für den 9. Juli 1978 an und schuf damit ein Klima, das zum erstenmal seit der Errichtung der Militärdiktatur im Jahre 1971 einen gewissen politischen Dialog erlaubte. Am 22. Dezember versprach die Regierung eine Generalamnestie für politische Gefangene und Gewerkschaftsmitglieder. Von dieser wurden jedoch 348 Gefangene, denen besondere Bedeutung zugemessen wurde, ausgeschlossen. Diese Tatsache, die die Bevölkerung mit Erbitterung zur Kenntnis nahm, gab den Anstoß zu einer schweren Auseinandersetzung zwischen Volk und Diktatur.

Am 28. Dezember 1977 trafen vier Bergarbeiterfrauen aus Llallagua (wo sich eine sehr bekannte, seit 1952 verstaatlichte Zinnmine befindet), deren Männer von der Amnestie ausgeschlossen waren, mit ihren insgesamt vierzehn Kindern in La Paz ein. Da sie in der gegebenen politischen Situation kein anderes Mittel mehr sahen, um sich für die Freiheit der Gefangenen einzusetzen, beschlossen sie mit großem Mut, in einen politischen Hungerstreik zu treten. Die bolivianische "Permanente Versammlung für die Menschenrechte", die im ganzen Land Gruppen zur Durchsetzung der Menschenrechte aufgebaut hat, und an die sich die Frauen wandten, hielt eine derartige Aktion für unwirksam und riet den Frauen davon ab. Diese beharrten jedoch auf ihrem Beschluß, suchten (und fanden) im Haus des Erzbischofs von La Paz, Mons. Manrique, Asyl und begannen noch am gleichen Tag den Hungerstreik, indem sie vier Forderungen erhoben:

- Durchführung einer Generalamnestie ohne Einschränkungen;
- Wiederaufnahme aller Entlassenen, gefangenen oder exilierten Bergarbeiter in ihre früheren Arbeitsstellen;
- Rückkehr aller Exilierten;
- Aufhebung der Besetzung der Bergbauzonen durch die Armee.

Erst am 31. Dezember 1977 schließen sich in La Paz zwei weitere Gruppen von elf Personen dem Fasten an. Sie wählen eine Kirche und den Sitz der katholischen unabhängigen Zeitung "Presencia" - die in der Folge eine bedeutende Rolle für die Kommunikation und Koordination der Aktion spielen wird - als Ort ihres Fastens. Am gleichen Tag stellen sich die Gewerkschaftsföderation der Bergleute, die Frauen-Union Boliviens, das Interfakultäre Komitee der UMSA und die Permanente Versammlung für die Menschenrechte durch Publikationen und Kundgebungen hinter die Fastenden und deren Forderungen und lösen damit eine Welle der Solidarität aus, die sich nach und nach über das ganze Land ausbreitet. Beauftragte der Ministerien für Bergbau, Arbeit und Innere Angelegenheiten suchen die Frauen auf und versprechen, ihre "Fälle" zu revidieren. Doch die Frauen bleiben fest und bestehen darauf, daß es ihnen nicht nur um ihre eigene Familie, sondern um alle Lizenzierten, alle Gefangenen und Exilierten und deren Freiheit gehe.

Unterstützungskampagnen laufen im ganzen Land und bei den Exilbolivianern an. Am 10. Tag des Fastens haben sich allein in La Paz 300 Personen den fastenden Frauen angeschlossen. In Cochabamba, Potosi, Oruro, Tarija und Santa Cruz treten gleichfalls Gruppen in den Hungerstreik; die meisten von ihnen suchen und finden in Kirchen Asyl. Sie setzen sich vorwiegend aus Arbeitern, Studenten und Priestern, Ordensfrauen und Mitarbeitern der "Permanente Versammlung für die Menschenrechte" zusammen. Unter ihnen befindet sich auch Adolfo Salinas, ehemaliger Präsident von

Bolivien und Vorsitzender der "Permanenten Versammlung für die Menschenrechte". Am letzten, dem 21. Tag des Hungerstreiks, fasten im ganzen Land mehr als 1200 Personen!

Universitäten, Betriebe und Minen führen während dieser drei Wochen kürzere oder längere Streiks als Ausdruck ihrer Solidarität durch. Ein Verhandlungskomitee unter Expräsident Salinas wird gebildet. Die Kirche stellt sich prinzipiell hinter die berechtigten Forderungen der Fastenden.

Die Regierung ihrerseits weist zunächst jegliches Verhandlungsangebot, auch das des Erzbischofs von La Paz, zurück und organisiert sporadisch Demonstrationen, die die Treue des Volkes zur Regierung bezeugen sollen und die Streikenden der Subversivität bezichtigen. Nachdem diese Haltung aber zu nichts führt und die Bewegung sich im ganzen Land verstärkt, lädt General Banzer Kardinal Maurer, den Erzbischof von Sucre, ein, zu vermitteln und versucht, über ihn einen Kompromissvorschlag durchzubringen. Dieser wird jedoch von den Fastenden als unannehmbar zurückgewiesen.

Daraufhin organisiert die Regierung durch von ihr beauftragte gewerkschaftliche Koordinatoren einen Streik, der vor allem den Verkehr lahmlegt. Er ist gegen die Interessen der Fastenden gerichtet, da er die Koordinierung des Widerstandes behindern, ja brechen soll, eine Maßnahme, die vom Volk mit Empörung aufgenommen wird.

Schließlich gelingt es, Verhandlungen zwischen der Regierung, den Fastenden und vier politischen Parteien in Gang zu bringen. Ganz plötzlich bricht jedoch die Regierung in der Nacht vom 16. auf den 17. Januar 1978 die Verhandlungen ab und stellt den Fastenden das Ultimatum, die Aktion binnen 24 Stunden abubrechen.

In den frühen Morgenstunden des 17. Januar besetzt eine starke Abteilung der Polizei die Räume der Redaktion von "Presencia", der Pressegewerkschaft, der Universität, der Weltgesundheitsorganisation sowie der Kirchen von Obrajes und Cristo Rey, alles Orte, wo Fastende Asyl gesucht hatten. Alle Fastenden werden mit Gewalt abgeführt; einige werden in Spitäler gebracht, andere auf Polizeistationen. Die aus den USA eingetroffenen Beobachter des Katholischen Büros der US-Bischöfskonferenz und des US-Kirchenrates beobachten die Besetzung der Räume von "Presencia". Lediglich das Haus des Erzbischofs wird nicht gestürmt: Dort setzen die Frauen das Fasten fort. In Sucre, Potosi und Cochabamba stürmt die Polizei gleichfalls die Kirchen, in denen die Streikenden Asyl gesucht haben. Meinte die Regierung durch diese Gewaltakte das Fasten brechen zu können, so hatte sie sich getäuscht: Außerhalb der Asylstätten wurde es mit noch größerer Unterstützung weitergeführt.

Presse und Radio beschließen einen 24-stündigen Streik aus Protest gegen die Besetzung der Räume der Pressegewerkschaft und der Redaktion von "Presencia".

Der Erzbischof von La Paz, der sich von Anfang an hinter die legitimen Forderungen der Fastenden gestellt hatte, protestiert gegen die Übergriffe auf die Kirchen, die in der Geschichte des Landes stets Bedrängten Asyl geboten haben. Er spricht die Exkommunikation über diejenigen aus, die für die Besetzung der Kirchen Verantwortung tragen und kündigt, gemeinsam mit anderen Bischöfen des Landes, eine dreitägige Schließung der Kirchen ("Interdikt") an, eine Maßnahme, die auch einen Sonntag betrifft.

Die Auseinandersetzung zwischen Volk und Diktatur ist auf dem Höhepunkt angelangt. Die Verhandlungen werden wieder aufgenommen und mit großer Intensität geführt. Am 17. Januar um 23 Uhr (dem 21. Tag des Fastens) wird ein Übereinkommen geschlossen, das den vier Forderungen der Fastenden völlig entspricht. Das Fasten endet um 23.30 Uhr. Die große Mehrheit der Gefangenen und Verhafteten wird sofort entlassen. Die durch diese gewaltfreie Aktion erkämpften Rechte werden Schritt für Schritt verwirklicht.

(aus: Hildegard Goss-Mayr. Der Mensch vor dem Unrecht)

2. MATERIALKISTE Texte zur Gewaltfreiheit

i n h a l t

Dieser Teil enthält Texte von

Mahatma Gandhi

Martin Luther King

Henry David Thoreau

Wolfgang Sternstein

Jean Goss

Hildegard Goss-Mayr

Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen

Matthias Vomstein

Moralische Gravitation

...Das Gesetz der Liebe wird wirken, genau wie das Gesetz der Gravitation wirken wird, ob wir es annehmen oder nicht. Gerade so wie ein Wissenschaftler Wunder verrichten kann durch verschiedene Anwendungen der Naturgesetze, kann jemand, der das Gesetz der Liebe mit wissenschaftlicher Präzision anwendet, noch größere Wunder verrichten. Denn die Kraft ist noch unendlich wunderbarer und subtiler als die materiellen Naturkräfte wie etwa die Elektrizität. Die Männer, die für uns das Gesetz der Liebe entdeckten, waren größere Wissenschaftler als irgendeiner unserer modernen Wissenschaftler. Nur sind unsere Forschungen nicht weit genug gegangen, und daher ist es nicht jedermann möglich, all seine Wirksamkeit zu sehen.

(aus: Mahatma Gandhi, Handeln aus dem Geist, Herderbücherei)
Seite 112

Widerstandskämpfer

Ich glaube, daß der Mensch, da ihm nicht gegeben ist, etwas zu erschaffen, nicht das Recht hat, auch nur die kleinste Kreatur, die da lebt, zu zerstören. Das Vorrecht der Vernichtung gehört einzig und allein dem Schöpfer alles Lebendigen. Ich nehme gern die Auslegung von Ahimsa (Nicht-Gewalt) an, derzufolge Ahimsa nicht bloß einen negativen Zustand bedeutet, nämlich Unfähigkeit, Böses zu tun, sondern einen positiven Zustand, das heißt Liebe zu erweisen und Gutes zu tun, sogar dem Missetäter. Doch bedeutet es nicht, dem Übeltäter in seinem ungerechten Werke beizustehen oder es in schweigender Duldung hinzunehmen. Im Gegenteil, die Liebe als aktive Qualität von Ahimsa verlangt, dem Übeltäter zu widerstehen, mag es ihn auch beleidigen oder seelisch oder körperlich treffen.

(a.a.O. Seite 34)

Notwehr?

...Als ich im Jahre 1908 angegriffen und beinahe getötet worden wäre, fragte mich mein ältester Sohn hinterher, was er hätte tun sollen, wenn er dabei gewesen wäre, ob er hätte davonlaufen sollen und aus der Ferne zusehen, wie ich getötet würde, oder ob er - wie er gern getan - mich unter Aufwand seiner Körperkraft hätte verteidigen sollen. Ich antwortete ihm, daß es seine Pflicht gewesen wäre, mich zu verteidigen - selbst unter Anwendung von Gewalt...

(a.a.O. Seite 70)

Wähle Gewalt vor Feigheit! (Norm 15)

Du sollst immer bestrebt sein, Ahimsa zu folgen (...), aber in einer Lage, wo du es nicht fertigbringst, ist ein gewaltsames Verhalten mit einem von Ahimsa erfüllten Sinn einem nichtgewaltsamen, aber aus Feigheit entstandenen Verhalten vorzuziehen.

Du sollst nicht töten! (Norm 7)

Du sollst vermeiden, körperliche Gewalt gegen irgendein lebendes Wesen zu üben oder dies zu beabsichtigen, wenn es nicht zum Besten des Wesens dient, wenn es undenkbar ist, daß sich das lebende Wesen über seine Lage klar ist, und wenn es in einem gewaltlosen Sinne geschieht.

(Aus den Satyagraha-Normen M.Gandhis, zitiert nach Materialien 7 vom Verein für Friedenspädagogik Tübingen, Seite 15)

Über das Leiden

Leid ist das Gesetz der menschlichen Wesen; Krieg ist das Gesetz des Dschungels. Aber Leid ist unendlich mächtiger als das Gesetz des Dschungels, denn es bekehrt den Gegner und öffnet seine sonst verschlossenen Ohren der Stimme der Vernunft. Vielleicht hat niemand mehr Bittschriften aufgesetzt und mehr verlorene Prozesse übernommen als ich, und ich bin dabei zu dem fundamentalen Schluß gekommen: Wenn man etwas wirklich Wichtiges bewirken will, muß man nicht nur die Vernunft befriedigen, sondern zugleich das Herz rühren. Der Appell an die Vernunft ist mehr eine Kopfanangelegenheit, doch die Rührung des Herzens geschieht durch Leiden. Das erschließt das innere Verständnis im Menschen. Leiden ist das Kennzeichen des Menschengeschlechtes, nicht das Schwert.

(aus: Mahatma Gandhi, Handeln aus dem Geist, Herderbücherei, S.91)

Entweder - Oder

Streitigkeiten müssen solange ausbrechen, wie die Hindus fortfahren, von Furcht geschüttelt zu werden. Eisenfresser finden sich immer, wo es Feiglinge gibt. Die Hindus müssen verstehen, daß niemand ihnen Schutz geben kann, wenn sie weiterhin Angstgefühle hätscheln. Furcht des Menschen bezeugt, daß er den Glauben an Gott verloren hat. Nur der vertraut auf seine physische Stärke, der keinen oder ganz wenig Glauben an Gottes Allgegenwart besitzt. Die Hindus müssen eines von beiden pflegen: Glauben an Gott oder an ihre physische Stärke. Tun sie keines von beiden, so wird das den Untergang der Gemeinschaft bedeuten.

(a.a.O. Seite 62)

Die zwei Kräfte

Es haben sich in der Welt katastrophale Veränderungen vollzogen. Bleibe ich noch meinem Glauben an Wahrheit und Nicht-Gewalt treu? Hat die Atombombe nicht diesen Glauben in die Luft gesprengt? Das hat sie nicht nur nicht getan, sondern sie hat mir klar bewiesen, daß diese beiden die mächtigste Macht auf der Welt ausmachen. Die zwei einander entgegengesetzten Kräfte sind völlig verschieden in ihrer Art: die eine moralisch und spirituell, die andere physikalisch und materiell. Die eine ist der anderen unendlich überlegen, da diese durch ihre Natur selbst begrenzt ist. Die Kraft des Geistes ist stets progressiv und endlos. Ihre vollkommene Bekundung macht sie in der Welt unüberwindlich... Und was noch mehr ist: Diese Kraft wohnt in jedem, Mann, Frau und Kind, ohne Rücksicht auf ihre Hautfarbe. Nur schlummert sie in manchem, kann aber durch sorgsames Training geweckt werden.

(a.a.O. Seite 122)

"Kämpft jedoch stets auf christliche Weise und mit christlichen Waffen. Gebt acht, daß die Mittel, die ihr anwendet, genauso rein sind wie die Ziele, die ihr anstrebt...Laßt euch von niemandem so erniedrigen, daß ihr ihn haßt. Meidet stets Gewalttätigkeit. Wenn ihr in eurem Kampf die Saat der Gewalttätigkeit ausstreut, werden kommende Generationen den Sturmwind sozialer Desintegration ernten. Wenn einige von euch mit dem physischen Tode dafür bezahlen sollten, daß sie ihre Kinder vom psychischen Tode befreien, so könnte nichts christlicher sein..."

(M.L.King in Strength of Love 1963)

Die Kraft der Liebe

"Ich habe euch zu sagen, wie ich der Kirche von Corinth sagte, daß die Liebe die weitaus beständigste Macht der Welt ist... In einer Welt, die von Zwang, beständiger Tyrannei und blutiger Gewaltsamkeit besessen ist, seid ihr herausgefordert, dem Weg der Liebe zu folgen. Ihr werdet dann entdecken, daß unbewaffnete Liebe die weitaus machtvollste Kraft in der ganzen Welt ist."

(M.L.King in Strength of Love)

Gewaltfreiheit als revolutionäres Prinzip - Zwölf Thesen

1. Der Begriff Gewaltfreiheit bezeichnet nicht das Fehlen von Gewalt, er meint vielmehr das Vorhandensein einer positiven Kraft. Gandhi nannte sie Satyagraha, Martin Luther King die "Kraft zum Lieben". Sie ist identisch mit der Kraft, die das neue Testament mit dem Begriff Agape, d.h. Nächstenliebe, umschreibt.
2. Gewaltfreie Aktion ist eine Kampftechnik. Sie stellt eine konstruktive Alternative zur Gewalt als Mittel der Konfliktlösung dar.
3. Gewaltfreiheit ist nicht nur eine Methode, sie ist zugleich eine Haltung. Als Haltung überzeugt sie jedoch nur, wenn sie praktische Konsequenzen zeitigt. Gewaltfreiheit, Liebe und Barmherzigkeit können auf ihre Echtheit nur geprüft werden, wenn man sie kämpfen läßt gegen Gewalt, Hass und Unbarmherzigkeit.
4. Gewalt kann nicht durch Gewalt beseitigt werden. Sie kann letztlich nur durch bewußtes, freiwilliges Erleiden der Gewalt überwunden werden.
5. Physische (verletzende) Gewalt, wie sie sich in Kriegen und Revolutionen manifestiert, und die "Gewalt des Systems" (institutionalisierte Gewalt) sind nur verschiedene Erscheinungsformen der Gewalt, die leicht ineinander übergehen. Die eine (ungerechte Macht- und Besitzverhältnisse) kann deshalb nicht durch die andere (revolutionäre Gewalt) beseitigt werden.
6. Der Zweck heiligt, rechtfertigt oder entschuldigt die Mittel nicht. Mittel und Zweck müssen vielmehr übereinstimmen, wenn der Zweck erreicht werden soll. Sie sind geradezu austauschbar.
7. Gewaltfreiheit ist ein universales Prinzip. Es ist zu allen Zeiten, an allen Orten und in jeder Situation anwendbar. Auf jede gewaltsame Herausforderung gibt es eine gewaltsame und eine ihr entsprechende gewaltfreie Antwort. Der vergeltenden Gewaltanwendung entspricht das freiwillige, überlegte Erleiden der Gewalt. Der Tötung des Gegners als Extremfall der Gewaltanwendung entspricht das Selbstopfer als Extremfall der Gewaltfreiheit.
8. Gewaltfreie Aktion kann sowohl zur Verteidigung demokratischer Rechte und Institutionen gegen gewaltsame Angriffe als auch zur Verwirklichung revolutionärer Ziele wie klassenlose, herrschaftsfreie Gesellschaft, inhaltliche Demokratie, demokratischer Sozialismus u.a. eingesetzt werden. Mit anderen Worten: Sie kann sowohl erhaltend (konservativ) als auch erneuernd (progressiv) sein.

9. Gewaltfreie Aktion gliedert sich in gewaltfreien Widerstand und konstruktives Programm (konstruktive Arbeit). Sie sind gewissermaßen die beiden Seiten einer Münze. Der gewaltfreie Widerstand ist überwiegend defensiv. Er setzt dem gegnerischen Macht- und Herrschaftsanspruch eine Grenze (widersteht dem Übel). Das konstruktive Programm ist dagegen überwiegend offensiv. Es versucht, die eigene Position durch Arbeit, Organisation, Schulung und Aufbau von Parallelinstitutionen zu stärken und zugleich den Gegner durch Freundlichkeit, Toleranz, Hilfs-, Verständigungs- und Verhandlungsbereitschaft zu gewinnen.
10. Es gilt zwischen gewaltfreien und gewaltlosen Aktionen zu unterscheiden. Gewaltfreie Aktionen verzichten nicht nur auf die Ausübung von Zwang und Gewalt, in ihnen wirkt die positive Kraft der Gewaltfreiheit. Gewaltlose Aktionen können dagegen mehr oder weniger Zwang enthalten.
11. Gewaltfreies Handeln ist sowohl prinzipiell als auch pragmatisch begründet.
12. Die Frage, ob in einer gegebenen politischen Situation Gewalt angewandt werden kann, soll oder muß, ist wissenschaftlich nicht zu beantworten. Sie kann nur von jedem einzelnen seiner ethisch-politischen Überzeugung gemäß beantwortet werden. Allem politischen Handeln liegen Wertentscheidungen zugrunde, die wissenschaftlich weder bewiesen noch widerlegt werden können.

(Wolfgang Sternstein)

Diese Thesen sind dem Heft GEWALTFREIHEIT ALS REVOLUTIONÄRES PRINZIP - ZWÖLF THESEN von Wolfgang Sternstein entnommen; sie sind dort ausführlich begründet. Herausgegeben wurde das Heft vom Schweizerischen Versöhnungsbund, Sekretariat, Broteggstraße 8, 8500 FRAUENFELD, PC 80 - 26 941.

Grundlagen der christlichen Gewaltlosigkeit

Die Liebe ist die Grundlage der Gewaltfreiheit. Worin besteht diese Liebe? Sie ist die absolute Ehrfurcht vor der menschlichen Person, eine Liebe, die bis zur Hingabe des eigenen Lebens geht, selbst für den, der dir das Leben nehmen will. Darin liegt das Geheimnis der Gewaltfreiheit Gottes. Worin besteht sie, was macht sie aus?

Man muß beim Menschen beginnen; muß seinen Wert erkennen. Wo immer ich an Universitäten in West und Ost die Möglichkeit habe zu sprechen, stelle ich die Frage: Nennt mir einen Wert, der dem Menschen gleichkommt oder ihn übertrifft. Die Antwort ist Schweigen. Wenn es also keinen höheren Wert gibt unter allen geschaffenen Werten, in wessen Namen, mit welchem Wertmaßstab tötet ihr dann den Menschen? Denn das tun wir ja seit vielen Jahrtausenden.

Wir töten im Namen von Gerechtigkeit und Wahrheit. Und darin liegt ein grundlegender Irrtum. Lange vor unserer Epoche wollte man Werte verteidigen, indem man den Menschen tötete. Zunächst ging es um Wahrheit und Gerechtigkeit, dann - im Gegensatz zu ihrem Begründer - um die Verteidigung von Christus und seiner Kirche. Auch heute wollen wir wieder verteidigen, und zwar den Menschen, den wir zum Götzen machen, und wir sind bereit, ihm,

wie allen Idolen, Opfer zu bringen: Hunderttausende, Milliarden Menschen! (Ein dritter Weltkrieg würde nach letzten Statistiken 3 bis 4 Milliarden Tote kosten und die Überlebenden wären für Generationen in ihrem Fleisch gezeichnet.) Ist das nicht heller Wahnsinn! Und wir rüsten weiter. Dieses Jahr allein werden wir 600 Milliarden Dollar für Rüstung ausgeben (um den Menschen zu verteidigen), während viele Millionen Menschen an Elend und Hunger sterben! Was lehrt man in unseren Tempeln der Wissenschaft, wenn das dabei herauskommt? Sollte man sie nicht besser in Brand stecken?

(Jean Goss)

(aus: J.Goss/H.Goss-Mayr, Die Gewaltlosigkeit Jesu - eine Kraft, die Frieden schafft, Seite 7)

Die Fähigkeit, neu zu werden

Weist man die verschiedenen Formen der Gewalt als Mittel der Konfliktlösung zurück, so muß man eine andere Kraft an ihre Stelle setzen: Dies sind die wahrhaft menschlichen und göttlichen Kräfte der Gerechtigkeit, der Wahrheit und der Liebe...

Gewaltfreie, menschenwürdige und achtungsvolle Mittel sind fähig, die Spirale von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen, das Unrecht in den Haltungen der Menschen zu überwältigen (und konsequenterweise auch in den Strukturen). Sie schaffen die Möglichkeit für größere Gerechtigkeit, ja für Versöhnung.

Handeln mit diesen Mitteln setzt auch voraus, daß wir davon überzeugt sind, daß der Mensch Mensch ist, d.h., daß er ein Gewissen besitzt, daß er einsichtig werden kann in Recht und Unrecht, daß er sich ändern, neu werden kann. Der Gewaltfreie schreibt den anderen nicht ab durch ein vorgefaßtes Feindbild, sondern glaubt daran, daß Wahrheit und Liebe, Einsicht in Recht und Unrecht die eigenen und die Haltungen des Gegners zu verändern vermögen. Der Gewaltfreie vertraut auf die revolutionäre Kraft der Liebe, eine Kraft, die in jedem von uns liegt und uns befähigt, einerseits uns selbst anzunehmen, aber auch auf den anderen zuzugehen, selbst wenn er unser Gegner ist, ihn als Person zu werten und ihm die Achtung, die ihm als Gottes Sohn gebührt, spürbar zu machen. Der Gewaltfreie hält daran fest, daß jeder bis ans Lebensende in sich die Fähigkeit trägt, neu zu werden aus der Kraft der Wahrheit; er weiß aber auch, daß dies unser gewaltfreies Engagement voraussetzt.

(Hildegard Goss-Mayr, a.a.O. Seite 17)

Ziviler Ungehorsam

Unter einer Regierung, die irgendeinen Menschen unrechtmäßig einsperrt, ist der angemessene Ort für einen Gerechten ebenfalls das Gefängnis...es ist das einzige Haus in einem Sklavenstaat, in dem ein freier Mann in Ehren wohnen kann. Wenn jemand meint, daß er dort keinen Einfluß mehr habe und daß seine Stimme das Ohr des Staates nicht mehr erreiche und seine Gegnerschaft in Gefängnismauern zunichte würde, dann weiß er nicht, um wieviel stärker die Wahrheit ist als der Irrtum, um wieviel ausdrucksvoller und wirksamer der die Ungerechtigkeit bekämpfen kann, der sie am eigenen Leib erfahren hat. Wirf deine ganze Stimme, nicht nur ein Papierschnitzel, sondern dein ganzes Gewicht in die Waagschale. Eine Minderheit ist machtlos, wenn sie sich der Mehrheit

anpaßt; sie ist dann nicht einmal eine Minderheit; aber sie ist unwiderstehlich, wenn sie sich mit ihrem ganzen Gewicht dem Getriebe entgegensetzt. Vor die Wahl gestellt, ob er alle anständigen Menschen einsperren oder Krieg und Sklaverei aufgeben soll, würde der Staat mit seiner Antwort nicht zögern. Wenn tausend Menschen in diesem Jahr ihre Steuern nicht zahlen würden, so wäre das keine gewaltsame und blutige Maßnahme. Bezahlten sie sie dagegen, so würden sie damit dem Staat die Möglichkeit geben, Gewalt zu üben und unschuldiges Blut zu vergießen. Das erstere ist das, was wir unter einer friedlichen Revolution verstehen, wenn es überhaupt eine solche gibt. Wenn der Steuereinnahmer oder ein anderer Beamter mich fragt, wie es einer tat*: "Aber was soll ich denn tun?", dann wäre meine Antwort: "Wenn sie wirklich etwas tun wollen, legen sie ihr Amt nieder." Wenn der Untertan den Gehorsam verweigert und der Beamte sein Amt niedergelegt hat, dann ist die Revolution an ihrem Ziel. Was tut es, wenn dabei Blut fließen würde? Wird nicht auch eine Art Blut vergossen, wenn das Gewissen verletzt ist? Aus dieser Wunde fließt das wahre Menschentum und die Unsterblichkeit eines Menschen, und er verblutet zu einem immerwährendem Tod. Heute sehe ich dieses Blut fließen.

(Henry David Thoreau)

* Thoreau hatte im Jahre 1846 einen Tag im Gefängnis von Concord zubringen müssen, weil er sich geweigert hatte, die Wahlsteuer zu bezahlen. Dieses Ereignis wurde Anlaß seiner 1849 entstandenen Schrift CIVIL DISOBEDIENCE, aus der dieser Text entnommen ist. Zitiert nach H.D. Thoreau, Leben aus den Wurzeln, Herder 655, Seite 94f)

Gewissen

Könnte es nicht eine Regierung geben, in der nicht die Mehrheit über Recht und Unrecht befindet, sondern das Gewissen? In der die Mehrheit nur solche Fragen entscheidet, für die das Gebot der Nützlichkeit gilt? Muß der Bürger, auch nur für einen Augenblick oder im geringsten Maß, sein Gewissen an den Gesetzgeber abtreten? Wozu hat denn jeder Mensch ein Gewissen? Ich meine, daß wir zuerst Menschen sein sollten und danach Untertanen. Wir sollten weniger den Respekt vor dem Gesetz pflegen als den Respekt vor dem Recht. Die einzige Verpflichtung, die ich Rechtens eingehen kann, ist die, jederzeit zu tun, was mir recht erscheint.

(Henry David Thoreau, a.a.O. Seite 93)

Sand im Getriebe

Es ist gerade erst damit begonnen worden, die Möglichkeiten des gewaltlosen Widerstandes in seiner Vielfalt und Radikalität zu entwickeln. Ansatzpunkte sind überall, von direkten Aktionen gegen Atomwaffenlager bis zur breiten Verweigerung von Kriegsdiensten und Rüstungssteuern. Gerade in diesem Land mit seiner mageren Tradition an freiheitlichem Geist tut es not, den Ungehorsam und Widerstand in alle sozialen, politischen und persönlichen Bereiche hineinzutragen. Wenn die Friedensbewegung Erfolg haben will, muß ihr Widerstand zu einer politischen Kraft von unten und zum Sand im Getriebe werden. Wir wollen das mit unserer Arbeit unterstützen.

(von der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen, Graswurzelwerkstatt, Rote Straße 40, 34 Göttingen)

Vertraut auf Gott - nicht auf Raketen

Da laufen sie wieder mit den weißen Gewändern und weiß geschminkten Gesichtern: Die "Pestmahner", - wie einst im Mittelalter - einen monotonen Staccatogesang auf den Lippen, während sie über Straßen und Plätze gehen und im Takt mit dem hölzernen Pilgerstab auf die Erde klopfen - beharrlich und mahnend: "Wir warnen vor der Pest unserer Zeit / es gibt keine atomare Sicherheit!" Das schlagende Holz und der Gesang - sie haben einen falschen Glauben zu erschüttern, ja dessen mythischen Kreis zu unterbrechen.

Es gibt ein groteskes Phänomen, daß wir gerade jetzt uns in den Bann einer Sicherheitstechnik schlagen lassen; jetzt, wo jeder Angst hat, mindestens aber "ein ungutes Gefühl": weil doch längst keiner mehr von uns irgend einen Einblick in die Mechanik der sogenannten "Sicherheit" hat, und wir diese mit unserer Rationalität nicht mehr fassen können.

An Grad und (technischer) Wirkung hat sie die irrationale Dimension erreicht (Overkillkapazität). "Es geht" - "Es funktioniert" - "Wir leben gut" - "Das Leben geht weiter" - "Packen wir's an" sind Zauberformeln unserer Zeit. Aus der Sehnsucht nach der sauberen, heilen Welt, die frei ist, wo es keine Bedrohung gibt, "in der sich's leben läßt", aus dieser echten Vision wird eine falsche; ein Mythos entsteht. Die Angst hat uns so im Bann, daß wir diesen berauschenden Mythos brauchen; wir saugen ihn in uns ein: "Es läuft alles weiter; wir haben's im Griff."

Das Töten von Menschen, Holocaust-Bilder kommen nicht vor beim letzten Glauben an eine Technik, die "Sicherheit produzieren" kann. "Es läuft alles weiter!"

Wir glauben an Technik und Sicherheit - von der Vision von mehr Menschlichkeit, von einem Ringen umeinander, von liebenden Menschen, die den Tod überwinden, keine Spur mehr. Von nun an regiert "der Herrscher der Notwendigkeit: der Tod", wie die Bibel sagt. Die Vision vom Tod ist eine Antivision. "Wo der Mensch sich unverwundbar machen will, da zerstört er sich selbst" (E.Eppler) - Und Gott, der liebende Schöpfer alles Lebendigen - würde er diese Antivision überleben "im Ernstfall" ?

(Matthias Vomstein)



"Ich glaube nicht an das Recht des Stärkeren,
an die Sprache der Waffen, an die Macht der Mächtigen.
Doch ich will glauben an das Recht des Menschen,
an die offene Hand,
an die Gewaltlosigkeit.

Ich will nicht glauben an Rasse oder Reichtum,
an Vorrecht und Privilegien,
an feststehende Ordnungen.
Doch ich will glauben,
daß alle Menschen wirklich Menschen sind
und daß die Ordnung des Unrechts
wirklich Unordnung ist.

Ich glaube nicht, daß ich Unterdrückung bekämpfen kann,
wenn ich irgendein Unrecht bestehen lasse.
Doch ich will glauben, daß das Recht ungeteilt ist,
hier und dort
und daß ich nicht frei bin,
solange noch irgendein Mensch Sklave ist.

Ich glaube nicht, daß Liebe Selbstbetrug
Freundschaft unzuverlässig und alle Worte Lügen sind.
Doch ich will glauben an die Liebe, die erträgt,
an die Offenheit und das Vertrauen zueinander
und an ein Wort, das wirklich sagt, was es sagt."

(aus: Hildegard Goss-Mayr, Der Mensch vor dem Unrecht)

Konsequenz

Konsequenz ist, wie ich oft gesagt habe, keine absolute Tugend.
Heute glaube ich, die Ermordung von Engländern sei gut für unser
Land, aber morgen komme ich dahin, sie als ein Unglück anzusehen
- wird es dann nicht konsequent für mich sein, meine Richtung zu
ändern? Ich werde dann inkonsequent gegenüber meiner Vergangen-
heit sein, aber konsequent gegenüber der Wahrheit ... Konsequenz
besteht darin, daß man der Wahrheit nachlebt, so wie man sie von
Augenblick zu Augenblick erkennt, mag das dann auch inkonsequent
sein gegenüber dem Verhalten in der eigenen Vergangenheit. Es
kann nicht und soll auch gar nicht Gleichförmigkeit in den Hand-
lungen eines Menschen geben, dessen Leben eine ständige Entwick-
lung durchmacht und der auf der Leiter der spirituellen Vervoll-
kommnung aufsteigt.

(Mahatma Gandhi, aus: Handeln aus dem Geist, Seite 93)

L I T E R A T U R A N G A B E N

- Theodor Ebert: Soziale Verteidigung Band 1
Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie
Waldkircher Verlagsgesellschaft 1981
DM 8,90
- Theodor Ebert: Soziale Verteidigung Band 2
Formen und Bedingungen des zivilen Widerstandes
Waldkircher Verlagsgesellschaft 1981
DM 8,90
- Theodor Ebert: Gewaltfreier Aufstand
Alternative zum Bürgerkrieg
Waldkircher Verlagsgesellschaft 1978
DM 6,90
- Theodor Ebert: Ziviler Ungehorsam
Von der APO zur Friedensbewegung
Waldkircher Verlagsgesellschaft 1984
DM 9,80
- A.Boserup/A.Mack: Krieg ohne Waffen?
Studie über die Möglichkeiten und Erfolge Soz. Vert.
(von der dänischen Regierung in Auftrag gegeben)
Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH 1974
DM 6,80 (rororo aktuell 1710)

Materialien vom Verein für Friedenspädagogik Tübingen:

Bachgasse 22, 7400 Tübingen 1

- Materialien 3: Verteidigung ohne Waffen
von Achim Battke
Soz. Vert. als Alternative zur militärischen Sicherheits-
politik? Modell und Materialien für die schulische und
außerschulische Bildung. Tübingen 1979
DM 4,50
- Materialien 6: Gewaltfreiheit - ein Lebensprinzip
von Günther Gugel
Tübingen 1983
DM 10,-
- Materialien 7: Gewaltfreie Aktion
von Günther Gugel und Horst Furtner
Tübingen 1983
DM 10,-
- Materialien 8: Alternative Sicherheitskonzepte
von Klaus Lange-Feldhahn und Uli Jäger
Arbeitshilfen für eine notwendige Diskussion
Tübingen 1983
DM 12,-

- T. Hedtjärn u.a.: Verteidigung ohne Krieg
Die skandinavische Alternative
Peter Hammer Verlag 1974 (leider vergriffen)
DM 9,80

- Bisig u.a.: Soziale Verteidigung
Eine Alternative zur milit. Verteidigung der Schweiz
Nr.5 der Schriftenreihe des Schweizerischen Friedens-
rates, Gartenhofstraße 7, Zürich 1976

- James Robertson: Die lebenswerte Alternative
Wegweiser für eine andere Zukunft
Fischer Taschenbuch Verlag 1979
DM 7,80 (fischer alternativ 4026)
- Martin Humburg (Hrsg.): Gewaltfreier Kampf und Selbstverwaltung
Das politische Konzept der M.A.N. (Mouvement pour une Alternative Non-violente)
Zündhölzchen Verlag, Weinbergweg 7, 7015 Korntal
DM 9,80
- Hildegard Goss-Mayr: Der Mensch vor dem Unrecht
Spiritualität und Praxis gewaltloser Befreiung
Europaverlag 1979
DM 18,-
- H.Goss-Mayr (Hrsg.): Die Gewaltlosigkeit Jesu - Eine Kraft, die Frieden schafft
Hrsg: Deutsches Pax-Christi-Sekretariat 1983
Windmühlstraße 2, 6000 Frankfurt/Main
DM 5,-
- Hans-Peter Nolting: Lernschritte zur Gewaltlosigkeit
Ergebnisse psychologischer Friedensforschung
Wie kollektive Gewalt entsteht - was man dagegen tun kann
Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH 1981
DM 7,80 (rororo sachbuch 7488)
- Wolfgang Sternstein: Gewaltfreiheit als revolutionäres Prinzip
- Zwölf Thesen
Hrsg: Schweizerischer Versöhnungsbund 1981
Broteggstraße 8, 8500 Frauenfeld, PC 80 - 26 941
Sfr. 3,-
- George Woodcock: Der gewaltlose Revolutionär
Leben und Wirken Mahatma Gandhis
Zündhölzchen und Weber, Zucht & Co 1983
Versandbuchhandlung & Verlag GmbH, Steinbruchweg 14,
DM 7,80 3500 Kassel-Bettenhausen
- Mahatma Gandhi: Handeln aus dem Geist
Herder Verlag 1977
DM 6,90 (Texte zum Nachdenken 632)
- Henry David Thoreau: Leben aus den Wurzeln
Herder Verlag 1978
DM 5,90 (Texte zum Nachdenken 655)
- Z E I T S C H R I F T E N :
- Gewaltfreie Aktion Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit
Vertrieb: G.Jochheim, Kiepertstr.5, 1000 Berlin 48
- Graswurzelrevolution: Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
erscheint zehn Mal jährlich, Einzelheft DM 3,-
Hrsg: Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA)
Verlag Graswurzelrevolution e.V., Steinbruchweg 14
3500 Kassel-Bettenhausen
- Graswurzelrev. Nr.56: Sonderheft "Soziale Verteidigung" (1981)
DM 3,-
- Nr.98/99: Neufassung "Soziale Verteidigung" (1985)
DM 5,-

Matthias Vomstein

Gewaltfrei kämpfen

Aus Sehnsucht nach Leben -
Daniel Berrigan und Ernesto Cardenal
ringen um den revolutionären Weg

Unter dem Titel: GEWALTFREI KÄMPFEN AUS SEHNSUCHT NACH LEBEN

*Daniel Berrigan und Ernesto Cardenal ringen
um den revolutionären Weg*

*hat der Münsteraner Versöhnungsbund eine 76 Seiten starke Broschüre
herausgebracht.*

*Der Autor, Matthias Vomstein, Diplomtheologe und Mitglied des Internationalen
Versöhnungsbundes, versucht erstmals, die Kontroverse zwischen dem Jesuiten
und Pazifisten Daniel Berrigan und dem nicaraguanischen Priester und Dichter
Ernesto Cardenal theologisch nachzuarbeiten.*

*Einen wichtigen Schwerpunkt bringt der Autor mit der ausführlichen Darstellung
Berrigans, die zu einer Art Theologie der Gewaltfreiheit führt.*

*Ausdrücklich abgestellt wird auf den lateinamerikanischen und befreiungs-
theologischen Kontext der ständig aktuellen Auseinandersetzung um die
Probleme revolutionärer Gewalt. Die These des Autors: Ob mit oder ohne
Waffen gekämpft wird - um den revolutionären Weg geht es allemal*

*INTERESSENTEN ERHALTEN DIE SCHRIFT INS HAUS, WENN SIE DM 5,-- AUF DAS
POSTGIROKONTO NR. 226902-468 BEIM POSTGIROAMT IN DORTMUND ÜBERWEISEN!*

DER INTERNATIONALE VERSÖHNUNGSBUND



„Wir haben jetzt nicht mehr die Wahl zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Wir müssen wählen zwischen Gewaltfreiheit und Untergang.“

Dr. Martin Luther King Jr.



dem universalen, durchdringenden ist der Wahrheit ins zu schauen, muß das geringste Leben wie sich selbst en können. danach strebt, kann n Gebiet des Lebens on ausnehmen ... jenigen, welche sagen, gion hat nichts mit tik zu tun, wissen nt, was Religion eutet.

Gandhi

Die Aufgabe des Friedensstifters ist, den Krieg abzuschießen, die Welt zu verändern, sie von Armut und Reichtum zu retten, die Traurigen zu trösten, die Gottfernen zu erwecken, überall Schönheit und Freude zu schaffen und Gott zu finden in jedem Mann und jedem Ding.

Muriel Lester

Alle, die für Gewaltanwendung sind, meinen, es sei nur ein Mittel, um Gerechtigkeit und Frieden zu erlangen. Aber Friede und Gerechtigkeit sind gewaltlos ... das ist das Endziel der Geschichte. Wer die Gewaltfreiheit verläßt, dem fehlt der Sinn für die Geschichte. Er geht an der Geschichte vorbei, friert die Geschichte ein, verrät die Geschichte.

André Trocmé

Gesetze und Bedingungen, staatlich oder privat, die dazu neigen, die von Gott verliehene menschliche Persönlichkeit zu erniedrigen, müssen rückhaltlos bekämpft werden, im Sinne von Petrus, der zu den Herrschern seiner Zeit gesagt hat: „Sollen wir Gott gehorchen oder den Menschen?“

Hauptling Albert Luthuli

Niemand ist gewaltfrei geboren. Niemand ist barmherzig geboren. Keiner von uns erhielt solche Eigenschaften von der Natur, sondern nur durch Bekehrung. Die erste Pflicht der gewaltfreien Gesellschaft ist, ihren Mitgliedern dabei zu helfen, sich selbst zu erziehen und zu bekehren.

Lanza del Vasto

Gerechtigkeit in der Dritten Welt kann nicht erreicht werden ohne Hilfe von außerhalb. Wir müssen ihnen helfen in ihrem gewaltfreien, revolutionären Kampf, mit unseren Gaben, unseren solidarischen Aktionen, unserem politischen Engagement in unserem

eigenen Land. Die Aufgabe ist ein- und dieselbe für alle – wir sind herausgefordert, daran mitzuarbeiten.

Hildegard und Jean Goss-Mair

Keine ideologische oder politische Doktrin ist so wichtig wie das Leben und die Liebe zu unseren Mitmenschen. Ohne ideologische und politische Doktrin können wir in Frieden leben, aber ohne Ehrfurcht vor dem Leben wird die Welt zerstört.

Thich Thien Minh

NATIONALE ZWEIGE UND KONTAKTPERSONEN

Argentinien

Bishop Carlos T. Gattinoni
Methodist Church, Rivadavia 4044
Buenos Aires

Australien

Vivienne Abraham
Box 2598 GPO
Sydney, NSW 2001

Belgien

Mouvement International
de la Réconciliation
Maison de la Paix
35, Rue van Elzevick
1050 Bruxelles, Belgium

Brasilien

Mario Carvalho de Jesus
Secretariado Justicia e Nao-Violencia
Av. Ipiranga, 1.267-9º Andar
CEP 01039 - Sao Paulo

Pe. Virgilio Uchoa
c/o CNBB Caixa Postal 13.2067
S.E. Sul - Q 801, conj. 8
70.000 Brasília DF - Brazil

Bundesrepublik Deutschland

Konrad Lübbert
Jochen-Klepper-Straße
2082 Uetersen

Dänemark

Hans Nebel
Kongstedvej 9 A
2700 Brønshøj, Denmark

England

Hamish Walker
9 Coombe Road, New Malden
Surrey KT 3 4QA

Finnland

Kalervo Peltonen
Lähteenkatu 7-9 G 50
33500 Tampere 50

Frankreich

Mouvement International
de la Réconciliation
99, Boulevard Beaumarchais
75003 Paris, France

Ghana

Kontaktperson
Charles Cofie Asante
B 203 Legon Hall
Universität Ghana
Legon

Indien

Rev. Dr. K.V. Mathew
Mar Thoma Theol. Seminar
Kottayam 1, Kerala

Irland

Denis Barritt
24, Pinehill Road, Ballycairn
Lisburn, N-Ireland, BT 275 TU, UK

Italien

Movimento Internazionale
della Reconciliazione
Via Mazzini 6
40033 Casalecchio (BO) Italia
Hedi Vaccaro
Via delle Alpi 20
00198 Roma, Italia

Japan

Susumu Ishitani
30-8, Yanagi-cho
Kanazawa-ku
Yokohama, 236

Kanada

Kontaktpersonen
British Columbia:
Frank S. Dingman
1463 126-A Street, Ocean Park
Surrey, British Columbia
Ontario:
Walter Jarsky
Shirisa House, 63 Beaty Avenue
Toronto, Ontario

Neu Seeland

Rev. Barry Herkness
29 McGregors Avenue
Christchurch 6

Niederlande (zwei Gruppen)

Kerk en Vrede
Utrechtseweg 159
3818 ED Amersfoort
Doopsgezinde Vredesgroep
Postbus 602
2900 AP Capelle aan den IJssel

Norwegen

Postboks 1760
Vika, Oslo 1

Österreich

Schottengasse 3A/I/58
1010 Wien 1
Regionalstelle Niederösterreich
Bachgasse 3
3100 St. Pölten

Schottland

Sue Ramage
16, Claremont Dgns, Milngavie
Glasgow G62 6PG, Scotland, UK

Schweden

Kristina Fredsörelsen
Lindegatan 16
753 32 Uppsala, Sweden

Schweiz

Ursula Brunner
Brotteggstrasse 8
CH 8500 Frauenfeld, Schweiz
Michel Grenier
Montagibert 6
CH 1005 Lausanne, Schweiz

Sri Lanka

Kontaktadresse
K. Jeevagathas
Nonviolent Direct Action Group
Vale Cinema Road
Chavakachcheri, Sri Lanka

Süd-Afrika

Kontaktperson
Robert Robertson
85A Princess Street
Mayfair, Johannesburg

Uruguay

Earl Smith
Av. Libertador Lavalleya 1531
Montevideo

USA

Fellowship of Reconciliation
Box 271
Nyack, New York, 10960, USA

Wales

Rev. Aled Ap Gwynedd
Y Mans
21 Heol Abernant
Cwmgor, Ammanford
SA 18 1RB Wales, UK

Zimbabwe

Stanislaus Matindike
Box 8172
Causeway, Salisbury

Angeschlossen:

in Latein-Amerika
Servicio Paz y Justicia,
en America Latina
Mexico 479, Cod. 1097
Buenos Aires

IFOR-Exekutivkomitee:

Ronald Beasley (Präsident), Hildegard Goss-Mayr und Jean Goss (Vizepräsidenten), Jack Nouwen (Schatzmeister), Heinz Kloppenburg (Beisitzer), Hannelore Matthes (stellv. Beisitzer), Richard Deats, Diana Francis, Naomi Goodman, Janneke Kuipers-Postma, K.V. Mathew, Bo Wirmark, David Mumford (Schatzmeister für Entwicklungsfragen).

IFOR-Mitarbeiter:

James H. Forest, (Koordinator), Francoise Pottier (Verwaltungssekretärin), Joseph Peacock (Brethren Volunteer Service), Henner Maas (Aktion Sühnezeichen), Koos de Heer (HI, Kriegsdienstverweigerer). Freiwillige Teilzeitmitarbeiter: Paul Begheyn SJ, Gerda van Doorn, Martha Heijnsbroek, Zwanet Hamming, Hein van Holsteijn.

INTERNATIONAL FELLOWSHIP OF RECONCILIATION

Hof van Sonoy 15-17, 1811 LD, ALKMAAR, The Netherlands
Telefon: 072 - 12 30 14

INTERNATIONALER

Wie klein ist doch diese Erde.

Es gibt Menschen, die durch das Fenster eines Raumschiffs geschaut haben. Sie sahen unseren Planeten so klein wie eine Orange in der Hand, farbenprächtigt und leuchtend. Wenn wir über diese Schönheit nachdenken, so können wir uns kaum vorstellen, wie wir auf dieser Oase im Weltraum oft so gleichgültig und mörderisch leben können.

Raketen und Heere werden gegeneinander aufgestellt um das Werk der Menschen und die Schöpfung Gottes zu zerstören, während jeden Tag ungezählte Menschen ohne Krieg durch Hunger und Not umkommen. Andererseits werden fortwährend Friedfertige, die sich weigern, zu töten und für Versöhnung eintreten, bedrängt und eingesperrt.

VERSÖHNUNGS-

Kindsmißhandlungen, Vergewaltigungen, Überfälle, Mord, Meuchelmord, Hinrichtungen, Grenzzusammenstöße, Invasionen und Kriegserklärungen: die ganze Reihe der Gewaltanwendungen wird fortwährend berichtet, untersucht, dramatisiert und zur Unterhaltung bagatellisiert. Die Menschheit ist in so hohem Maße in die Gewalt verstrickt, daß man vergessen kann, daß es auf der Welt noch Friedenskämpfer gibt und Augenblicke der Friedensbereitschaft fast in jedem Leben.

In jedem Lande versammeln sich Menschen auf verschiedene Weise um zu beten, zu meditieren, zu danken oder das Ge-

dächtnis derer zu feiern, die Liebe und Selbstaufopferung geübt haben, um Vergebung und Hilfe zu erleben, um ein neues Wunder zu erleben oder daran teilzuhaben. Wir schreiben, singen, tanzen, malen, kämpfen gegen Krankheiten, gründen Familien und Freundschaften, und wir überqueren unbewaffnet Grenzen und Ozeane. Wir sind nicht als Killer (Mörder) geboren. Gewalt entsteht aus Angst, Drohungen, zugefügtem Unrecht oder aus Verzweiflung: aus dem Gefühl, daß es keine Alternative gibt. Selbst im Krieg möchten wir uns den Gegner frei von allen bewundernswerten Eigenschaften und als einen „Unmenschen“ vorstellen.

BUND

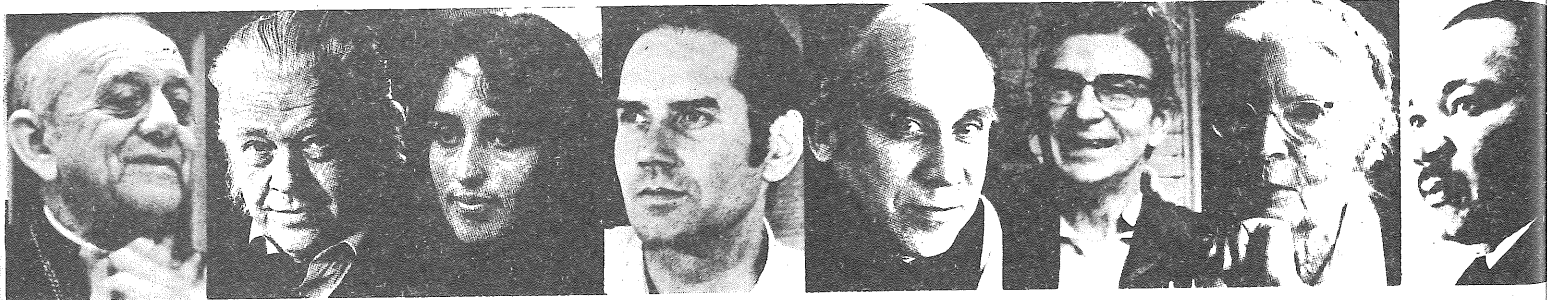
1919 versammelten sich in Holland Männer und Frauen aus verschiedenen Ländern um den Internationalen Versöhnungsbund (IFOR) zu gründen. Sie hatten gerade die Schrecken des 1. Weltkriegs hinter sich und lebten in einer Welt voller Ruinen. Die zerstörerische Seite der menschlichen Fähigkeiten kannten sie wohl. Aber sie hatten aus religiösen Gründen einen tiefen Glauben an die Macht der Liebe, zu heilen, zu vergeben, zu reparieren, das Unrecht gewaltfrei und ohne Haß zu überwinden, um die Gemeinschaft wiederherzustellen: in einem Wort, VERSÖHNUNG. Sie wußten, daß die Erde begrenzt ist, daß die Ressourcen allen gemeinsam anvertraut sind, und daß die menschliche Gesellschaft eine einzige Familie ist. Obwohl die Gewalt tief im menschlichen Wesen wurzelt, glaubten sie daran, daß sie viele Ursachen hat, die man erkennen und überwinden kann.

Heute, nach sechs Jahrzehnten, blicken wir dankbar zurück auf das, was Mitglieder des Versöhnungsbundes vollbringen halfen und hoffen auf die Abschaffung des Kriegs, die immer noch aussteht.

Das Menschenrecht auf Verweigerung des Tötens hat zunehmende Anerkennung gefunden. Gewaltfreie Versuche, Kämpfe und Konflikte zu lösen wurden von Millionen von Menschen unternommen: um dem Rassismus ein Ende zu setzen, um der Unterdrückung Widerstand zu leisten, für die Arbeiterbewegung, für den Schutz der Jugend vor Ausbeutung, für den Umweltschutz, um politische Gefangene zu befreien und für die Erweiterung des Wahlrechts.

Einige Persönlichkeiten des Internationalen Versöhnungsbundes, die sich in diesem Prozeß hervorgetan haben, sind in diesem Faltblatt abgebildet.

Wir sind nur wenige und leben weit verstreut. 100 000 Mitglieder in den Zweigen des Versöhnungsbundes und angeschlossenen Bewegungen. Christen, Juden, Buddhisten, Hindus, Humanisten und andere, welche zusammen eine übernationale religiöse Bewegung bilden, die sich die Gewaltfreiheit zum Lebensprinzip gemacht hat, eine weltweite Gemeinschaft für Frieden und Befreiung.



Ich glaube nicht an Gewalt... Haß oder bewaffneten Aufstand. Sie brechen zu schnell aus. Sie ändern die Lebensumstände der Völker ohne ihnen Zeit zu lassen, sich an die Veränderungen zu gewöhnen. Es hilft nichts, von Reformen der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen zu träumen... ohne eine entsprechende tiefe Veränderung unseres eigenen Lebens.

Dom Helder Camara

Die kleinste Mücke ist wunderbarer als alles, was der Mensch jemals hervorbringen wird. Darum darf der Mensch niemals das Gefühl für die Wunder der Welt um ihn und in ihm verlieren — einer Welt, die er nicht geschaffen hat und die auch gewiß nicht von selbst geworden ist. Aus solch einer Haltung entsteht der Geist der Gewaltlosigkeit.

E. F. Schumacher

Ich möchte sagen, ich bin ein gewaltfreier Soldat. Statt Waffen der Gewalt müssen wir unseren Verstand, unserer Herz, unseren Humor, alles, was uns zur Verfügung steht, benutzen... denn niemand hat das Recht, einem anderen menschlichen Wesen das Leben zu nehmen.

Joan Baez

Wir glauben, daß beim Prozeß der Befreiung Ziel und Mittel im Einklang stehen müssen. Wir glauben an und vertrauen auf einen Geist, der uns stärkt und uns Kraft verleiht in unserem Kampf für Latein-Amerika.

Adolfo Perez Esquivel

Das Grundproblem ist nicht politischer, sondern menschlicher Art. Eines der wichtigsten Dinge ist, ganz bewußt die politischen Linien und Schranken zu durchbrechen und zu betonen, daß diese zum Teil willkürlich errichtet sind, und daß die eigentliche Wirklichkeit die menschliche Dimension ist.

Thomas Merton

Wir teilen die Hoffnung der Unterdrückten und Besitzlosen auf kommende, bessere Tage, Tage der Freude in Christus, dem Befreier für alle, die unter ihrem Joch leiden... Darum sehen wir mit Hoffnung in die Zukunft und rufen dem Volk von Süd-Afrika zu: Seht, die Befreiung ist nahe!

Dr. C. F. Beyers Naudé

Wenn man den Ernst unserer Lage erkennt — den Krieg, den Rassismus, die Armut auf der Welt — dann wird einem klar, daß man sie nicht durch Worte oder Demonstrationen ändern kann. Wir müssen unser Leben einsetzen, wir müssen unser Leben von Grund auf ändern.

Dorothy Day

Wir antworten auf die Fähigkeit, Leiden zu fügen, mit unserer Fähigkeit, Leiden zu ertragen. Wir begegnen eurer Kraft mit unserer Seelenkraft. Wir haben euch nicht, aber wir haben nicht guten Gewissens ungerechten Gehorsam... Und indem wir unsere Freiheit gewinnen, geben wir auch eure Freiheit.

Martin Luther King Jr.

Eine weltweite Bewegung . . .

Die ursprünglichen nationalen Zweige des Versöhnungsbundes, aus denen der Internationale Versöhnungsbund (IFOR) 1919 entstand, befanden sich in Europa und Nordamerika. Jetzt bestehen solche Zweige des Versöhnungsbundes auf allen Kontinenten. Mitglieder des Versöhnungsbundes arbeiten in zahlreichen Krisenherden: in Süd-Afrika, in Nord-Irland, im Nahen Osten, in Latein-Amerika, in Südost-Asien und anderswo. Oft ist die Arbeit sehr gefährlich: Man muß mit Hausarrest, Gefängnis, Brutalität oder gar Folter und Tod rechnen.

IFOR ist größer als die Summe seiner eingeschriebenen Mitglieder. Er unterstützt viele Bewegungen und Gruppen, die ähnliche Ziele haben. Dazu gehören Servicio Paz Y Justicia in Latein-Amerika, die Vereinigte Buddhistische Kirche in Vietnam, und das Christian Institute, bis es von der Südafrikanischen Regierung verboten wurde.

Außerdem hält IFOR für seine nationalen Zweige die Verbindung mit anderen internationalen Organisationen aufrecht. Dazu gehören Amnesty International, der Weltkirchenrat, die Pontifical-Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, Pax Christi und die Internationale der Kriegsdienstgegner (WRI). IFOR hat als nicht-Regierungs-Organisation (non-governmental) beratenden Status bei den Vereinten Nationen (ECOSOC).

für die Abrüstung . . .

Während Sie dieses Blatt lesen, werden Atomwaffen gebaut und bereitgestellt, und diese sind nur die berüchtigtsten aus der riesigen Reihe todbringender Waffen. Wir haben jetzt die Möglichkeit, alles menschliche Leben zu zerstören. Selbst die Kosten für die Herstellung dieser Waffen sind todbringend, da menschliche Energie und Naturschätze und -kräfte, mit denen man menschliches Leiden rasch lindern könnte, direkt in die Kanäle der Kriegsvorbereitung gelenkt werden. Länder der Dritten Welt bemühen sich auch um ihren Platz im Rüstungswettlauf. Die Militarisierung geht Hand in Hand mit der Unterdrückung und der Mißachtung der Menschenrechte.

Die moderne Kriegstechnik hat die natürlichen Verteidigungslinien früherer Zeiten überwunden: Ozeane, Gebirge, Wüsten und Polarregionen. Unter dem Namen „Nationale Sicherheit“ erleben die Menschen der ganzen Welt eine Unsicherheit, die man sich früher niemals hätte vorstellen können. Regierungen werden – bis jetzt noch – in Schach gehalten, nur durch die Zurückhaltung derjenigen, die über die große Kriegsmaschinerie verfügen. Unglücklicherweise ist eine solche Zurückhaltung selten ein Kennzeichen derjenigen, die die größte Macht in Händen haben.

Abrüstung war von Anfang an ein Hauptanliegen des Internationalen Versöhnungsbundes. Seine Mitglieder treten für die Abrüstung ein und bemühen sich, alternative Strukturen der Sicherheit zu entwickeln. Sie verzichten für sich selbst auf Waffen und suchen gewaltfreie Lösungen in Situationen drohender oder tatsächlicher Gewaltanwendung.

IFOR-Mitglieder bemühen sich, ihre Glaubensgenossen an die Inhalte ihres Glaubens zu erinnern, welche vorschreiben, das Leben zu schützen und das Töten zu verbieten. Der Weltkirchenrat brachte es 1975 in Nairobi, in folgenden Worten zum Ausdruck: „Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf wirksame Abrüstung zu drängen“.

für die Menschenrechte . . .

Nahrung, Gesundheitsfürsorge, Arbeit, Unterkunft, Religions- und Glaubensfreiheit, Versammlungsfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung, faire und unparteiische Rechtsprechung, menschenwürdige Behandlung Gefangener: all das sind von den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen formal anerkannte

Menschenrechte, die aber fortwährend verletzt werden. Diese Rechte beruhen auf der Erkenntnis, daß menschliche Wesen ein Recht auf Leben haben. Menschenrechtsverletzungen können Kriege zum Ausbruch bringen. Respektierung der Menschenrechte hingegen hilft den Frieden aufbauen. Das Eintreten für die Anerkennung und den Schutz der Menschenrechte war immer eine der wichtigsten Aufgaben den Internationalen Versöhnungsbundes.

IFOR hat der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als einem Menschenrecht stets besondere Aufmerksamkeit geschenkt und sich eingesetzt für solche, die wegen ihres gewaltfreien Einsatzes gegen Ungerechtigkeiten eingesperrt oder auf andere Weise bestraft wurden. Für solche Gefangene um des Friedens willen haben sich die Versöhnungsbünde an Regierungsvertreter gewandt, Unterschriftensammlungen und Mahnwachen organisiert und den Gefangenen und ihren Familien praktische Hilfe angedeihen lassen. Oft haben die Vermittlungsversuche des Versöhnungsbundes zu besserer Behandlung oder sogar zur Entlassung von Gefangenen geführt. Innerhalb von 12 Monaten wurden sieben Gefangene, für die sich der IFOR eingesetzt hat, befreit: in Argentinien, Vietnam und Süd-Afrika. Die Bemühungen um solche Gefangene kam auch dem Ansehen der gewaltfreien Bewegungen zugut, aus denen diese stammten, und machten diese Bewegungen bekannter und stärker.

für eine sichere Umwelt . . .

1972, in Verbindung mit einer Sondersitzung der UNO in Stockholm, organisierte IFOR eine Unabhängige Umweltschutztagung für Naturwissenschaftler, Oekologen, Wirtschaftler, Führer von Religionsgemeinschaften und Pazifisten. Ausgehend von dieser Tagung blieb IFOR ständig im Gespräch über den Zusammenhang von Problemen des Umweltschutzes und des Friedens. „Durch die Verbreitung der Atomenergie für friedliche und für militärische Zwecke“, so erklärten die Teilnehmer, „wird die Umwelt immer mehr gefährdet, die Rüstungskontrolle schwieriger und der Atomkrieg wahrscheinlicher.“

Bei seiner beharrlichen Bekämpfung der Atomenergie betont der IFOR den engen Zusammenhang zwischen Umweltgefahr und Kriegsgefahr.

Gewisse Atomabfälle sind so giftig, daß sie Tausende von Jahren isoliert gelagert werden müssen. Doch gab es schon jetzt, trotz schärfster Überwachung, zahlreiche gefährliche Austritte atomaren Materials, von denen Harrisburg bis jetzt am bekanntesten geworden ist.

Wir schaffen uns eine atomverseuchte Umwelt, in welcher die Gefahr von Strahlenkrebs wahrscheinlich immer mehr zunimmt.

Unter den nuklearen Nebenprodukten ist Plutonium nicht nur sehr giftig, sondern man benützt es auch zum Bau von Atomwaffen. So nah verwandt ist das „friedliche“ Atom mit dem militärischen Atom.

Nukleares Material kann auch in die Hand von Terroristen kommen, die daraus „hausgemachte“ Atombomben herstellen könnten.

Bei der Bewachung nuklearen Materials, einer immer komplizierteren Aufgabe, können die Staaten es notwendig finden, bürgerliche Freiheiten zu opfern und zu Repressionen zu greifen.

IFORs Antwort auf die „Atomisierung“ beinhaltete internationale Konferenzen und Seminare über gewaltfreies Training für Anti-Atom-Gruppen. 1972 wurde auf einer Konferenz in Dänemark die „Organisation for Information on Atomic Power“ gegründet; bei dieser Konferenz entstand auch das internationale Symbol der Befürworter sicherer Energie-Alternativen: eine lachende Sonne mit den Worten: „Atomkraft? Nein danke!“



für gewaltfreie Veränderungen . . .

„Liebe, wie sie Jesus Christus durch sein Leben und Sterben offenbart hat, umfaßt mehr als wir seither gesehen haben und ist die einzige Macht, durch welche das Böse überwunden werden kann, und die einzige brauchbare Grundlage für die menschliche Gesellschaft.“ So formulierten es die Gründer des Internationalen Versöhnungsbundes vor 60 Jahren.

In den darauffolgenden Jahren wurde IFOR zu einer überkonfessionellen Bewegung. Dabei blieb die Hingabe an die Macht der Liebe immer die Grundlage des Versöhnungsbundes. Die Liebe, die wir meinen, ist weder naiv, noch sentimental, sondern die Kraft, die die Einheit der menschlichen Gesellschaft und die Mitverantwortung anerkennt, die selbst im Feind den Nachbarn und den möglichen Freund sieht, für die jedes Leben Hoffnung bedeutet, und die eher bereit ist, selbst zu leiden als Leiden zu verursachen. Sie ist die Saat, die auf die Erde fällt und stirbt, und aus der neues Leben hervorgeht.

Ohne diese Kraft der Liebe wären die Taten der Friedensstifter aller Zeiten unbegreiflich.

Solche Liebe hat von jeher Mitglieder des Versöhnungsbundes zur Unterstützung der Opfer von Gewalt und zum Kampf für die Veränderung gewalttätiger Systeme veranlaßt, die so oft die Folge von Habgier, Zwang und aufoktroyierten Ideologien sind. Im Lauf der Jahre haben wir uns mit Gruppen und Bewegungen der ganzen Welt zusammengetan, deren militante gewaltfreie Aktionen wohlbekannt sind, und deren Führer vorbehaltlos an die Kraft der Liebe glauben: unter ihnen Gandhi in Indien, und Leute wie André und Magda Trocmé, die sich insgeheim bemühten, Juden vor dem Holocaust zu retten, und Dr. Martin Luther King in seinem Kampf gegen den Rassismus.

Liebe bedeutet mehr als die Weigerung zu töten oder zu verletzen. Sie bedeutet auch die Erkenntnis, daß Veränderungen durch Furcht und Gewalt im besten Fall zeitweilige Lösungen bringen können; andererseits aber stärken sie die Motivationen und Technologien für künftige, noch gewalttätigere Ausbrüche. Liebe, wie sie in konstruktiven gewaltfreien Aktionen zum Ausdruck kommt, ist die alternative Möglichkeit, Mißhandlung und Ungerechtigkeit abzuwehren. „Wir haben nicht länger die Wahl zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Wir müssen wählen zwischen Gewaltfreiheit und Untergang“, sagte Martin Luther King.



Stellt nur mit der Tat und in der Wirklichkeit jenem Reich des Hasses, das noch immer herrscht, eine auf Liebe gegründete Gemeinschaft entgegen!

Friedrich Siegmund-Schultze

Auf drei Punkte sollte der Versöhnungsbund sich festlegen . . . auf das Bekenntnis zu Christus, auf eine Kriegsgegnerschaft, die jeden Militärdienst ablehnt, und auf einen Kommunismus Christi, der sich in der „Armut“ Christi verbinde.

Leonhard Ragaz

Wenn Gott uns sagt: Du sollst nicht töten, so meint er das in vollem Ernst; dann können wir nicht entgehen: ja — aber . . . Was würde Jesus dazu sagen? Liebet eure Feinde!

Martin Niemöller

Wo zwei oder drei versammelt sind in Jesu Namen, wächst wirklich eine Gemeinde. Das gilt auch für Versöhnungsbund, Pax Christi und andere Bruderschaften. Sie sind Mitträger der Verheißung Jesu, und wo sie diese Verheißung ernst nehmen, werden sie zum Segen der Erde.

Heinz Kloppenborg

S Z E N A R I O

Stellen Sie sich vor, fremde Truppen überschreiten die Grenze zur Bundesrepublik. Der Bundestag beschließt in einer Krisensitzung, die Bundeswehr nicht einzusetzen, weil dies zu einem Vernichtungskrieg führen würde, der durch nichts zu rechtfertigen sei. Ausländische Regierungen geben bekannt, sich nicht militärisch einzumischen, um einen Weltkrieg zu verhindern.

F R A G E N (jeweils mehrere Antworten möglich!)

Im Radio wird bekanntgegeben, daß die Truppen Ihre Stadt in einer Stunde erreichen werden. Was tun Sie?

- ☐ In den Wagen setzen und wegfahren
- ☐ In den Keller oder nächsten Bunker gehen
- ☐ Wegweiser in erreichbarer Nähe abmontieren/vertauschen
- ☐ In die nächste Kirche/ins Rathaus gehen, um dort mit anderen weitere Schritte zu beraten
- ☐ Das Auto in der Ortseinfahrt parken
- ☐ An einer Sitzblockade teilnehmen
- ☐

Mittlerweile ist auch Ihre Stadt besetzt worden. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und andere Gruppen rufen zu Aktionen auf. An welchen Aktionen würden Sie gegebenenfalls teilnehmen?

- ☐ Symbolisch einen elektrischen Widerstand an die Kleidung stecken
- ☐ An einem Schweigemarsch teilnehmen
- ☐ Flugblätter für eine solche Demonstration verteilen
- ☐ Die Besatzer aufsuchen, um mit ihnen zu sprechen
- ☐ Einen örtlichen Untergrundsender aufbauen/unterstützen
- ☐

Am nächsten Tag erscheint ein Offizier in Begleitung zweier bewaffneter Soldaten an Ihrem Arbeitsplatz und fordert Sie auf, eine Liste aller Partei- und Gewerkschaftsaktiven Kollegen zu erstellen und am nächsten Morgen abzuliefern. Was tun Sie?

- ☐ Ich grüße den Offizier, erstelle die Liste vollständig und gebe sie befehlsgemäß ab
- ☐ Ich grüße, verlasse nach Weggehen der Soldaten meinen Arbeitsplatz und entziehe mich so dem Befehl
- ☐ Ich erstelle eine Liste der in den letzten zehn Jahren verstorbenen Gewerkschaftskollegen
- ☐ Ich schreibe 50-mal den eigenen Namen
- ☐ Ich frage den Offizier nach dem Sinn der Liste und versuche ihm zu erklären, daß und warum ich nicht bereit bin, Kollegen in Gefahr zu bringen
- ☐ Ich bin gleich zu Hause geblieben
- ☐

Die Widerstandsgruppen rufen dazu auf, sich zu versammeln und gemeinsam zum Truppenlager zu gehen. Dort soll versucht werden, mit den Soldaten zu sprechen und damit eventuell auch den reibungslosen Ablauf im Lager zu stören. Wozu sind Sie bereit?

0 Ich bleibe zu Hause

0 Ich gehe zum Sammelpunkt und versuche, die Leute von ihrem Vorhaben abzubringen

0 Ich gehe nur mit, wenn auch Bekannte mitgehen

0 Ich mache auf jeden Fall mit

0

Was glauben Sie, welcher Prozentteil der Bevölkerung sich aktiv am Widerstand beteiligen wird und wieviele kollaborieren (den Gegner unterstützen) werden?

Aktive Widerständler: _____ % Kollaborateure: _____ %

Wie müßten Ihrer Meinung nach diese Zahlen aussehen, damit der Widerstand Erfolg haben kann? :

Was halten Sie von dem Konzept der Sozialen Verteidigung?

Weitere Anmerkungen:

WAS VERSTEHT MAN UNTER " S O Z I A L E R V E R T E I D I G U N G " ?

1. Soziale Verteidigung (SV) nennt man die gewaltfreie aktive Verteidigung eines Volkes gegen einen militärischen Angriff von außen oder einen Staatsstreich von Putschisten. Der Begriff wurde von dem norwegischen Friedensforscher Galtung geprägt, der sich fragte, ob Gandhis gewaltfreie Kampftechniken auf kriegerische Konflikte zwischen Staaten angewendet werden könnten.
2. Sie heißt "sozial", weil sie von der Gesellschaft als ganzer getragen werden soll und weil sie auf die Sicherung der sozialen Einrichtungen und Lebensformen gerichtet ist. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß im Zeitalter der Raketen, Flugzeuge und Panzerverbände Grenzen und Territorien nicht mehr sinnvoll verteidigt werden können.
3. Alle Formen gewaltfreien Widerstands sind im Rahmen der SV denkbar. Eine Gesellschaft kann sich gegen militärische Macht verteidigen durch
 - Die Verweigerung der Zusammenarbeit und des Gehorsams;
 - die aktive Weiterführung des eigenen sozialen, wirtschaftlichen und kommunikativen Lebens;
 - demonstrativen Protest und vielfältige Formen aktiven Widerstands.Denn moderne, hochkomplexe Gesellschaften können nur effektiv beherrscht werden, wenn ein größerer Teil der Gesellschaft und u.a. die Funktions-träger in Verwaltung, Wirtschaft usw. zur Zusammenarbeit bereit sind.
4. Für den Erfolg einer SV ist entscheidend, ob es gelingt,
 - die unmittelbaren Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sichern;
 - die Informations- und Versammlungsfreiheit weitgehend aufrechtzuerhalten;
 - eine Opposition gegen die Politik des Angreifers in seinem eigenen Land und in der Weltöffentlichkeit zu aktivieren;
 - die Widerstands- und Leidensbereitschaft der Bevölkerung zu sichern.
5. Bei sozialer Verteidigung ist sichergestellt, daß die Verteidigung an die Interessen und an das Bewußtsein der Bevölkerung gebunden ist. Nur wenn (fast) alle Widerstand leisten, kann die Strategie der SV Erfolg haben. Eine "Verteidigung" des Landes gegen den Willen der Bevölkerung, die ja in jedem Fall die Kosten des Kriegs zu tragen hat, ist unmöglich. Auch hier zeigt sich ein grundsätzlicher Unterschied zur militärischen Sicherheitspolitik.
6. SV geht von der Voraussetzung aus, daß der militärische Angreifer rationale Ziele verfolgt und u.a. an der effektiven Beherrschung des Landes interessiert ist und nicht an seiner Zerstörung.
7. SV geht weiterhin davon aus, daß auf jeden Fall jene unvorstellbaren Vernichtungen und Verwüstungen verhindert werden müssen, die bei militärischer Verteidigung in der Regel unvermeidlich sind.
8. SV ist "ein Maßanzug für Demokratien". Denn sie kann nur dezentralisiert durchgeführt werden und setzt die persönliche Widerstands- und Leidensbereitschaft eines großen Teils der Bevölkerung voraus. Es wird als Voraussetzung für SV eine viel intensivere Demokratisierung aller wichtigen gesellschaftlichen Bereiche benötigt, als bis jetzt in den modernen Industriegesellschaften und parlamentarischen Demokratien realisiert werden konnte.

(Achim Battke: Verteidigung ohne Waffen, Tübingen 1979)

10 Prinzipien und Regeln der Sozialen Verteidigung

1. Geringstmöglicher Schaden für Menschen.
2. Im eigenen Verhalten die Werte und Ziele möglichst sichtbar werden lassen, für die man kämpft. Also gewaltfreie, freiheitliche, humane Methoden, weil man für einen menschlichen, sozialen, freiheitlichen Friedenszustand kämpft. Deshalb auch möglichst stark die Regeln, Werte und Umgangsformen des zivilen Lebens auch im Kriegsfall verwirklichen.
3. Auch im Gegner und Angreifer den Menschen sehen und ansprechen. Deshalb möglichst viele und enge Kontakte, um so Sympathien zu wecken und dem Gegner auch zu zeigen, was er für Schäden und Leiden verursacht.
4. Den Gegner ablehnen und bekämpfen, insofern er als Feind, Soldat, Schädiger, Befehlsgeber, Besatzungsmacht auftritt. Nicht zusammenarbeiten.
5. Dem Gegner nicht die Initiative überlassen. Also nicht „passiver“, sondern möglichst aktiver Widerstand.
6. Verteidigungsmaßnahmen dezentralisieren, aber auch für ihre Koordination sorgen. Wirksame dezentralisierte Nachrichtensysteme für die eigene Bevölkerung einrichten.
7. Wichtige Personen, Einrichtungen und Sachen (Regierung, Rundfunk, Pläne) vor dem Zugriff des Gegners schützen.
8. Verhindern, daß der Gegner die Einrichtungen des Landes für seine Zwecke gebrauchen kann: die Produktionseinrichtungen (Fabriken), das Transportsystem, die Verwaltung, die Massenmedien, die Regierung, die Kirchen, die Verbände usw.
9. Sicherung der unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung (Nahrung, Wasser, Energie, Arbeit).
10. Vorbereitung der Sozialen Verteidigung im Frieden und Abschreckung möglicher Angreifer durch:
 - Darstellung der Verteidigungsbereitschaft durch Manöver
 - klare Darstellung der Ziele, für die man unbedingt kämpfen will
 - Demokratisierung der Gesellschaft und Förderung von sozialer Gerechtigkeit.

(Aus: Battke, Achim: Verteidigung ohne Waffen, Tübingen 1979)